

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit Wochenschrift Sonntags-
 Beilage, Die Neue Welt 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7578.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 je Zeile über deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Preisprospekt: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 3. Juni 1898.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Zum Wahlkampf.

Nur zwei Wochen trennen uns mehr von dem großen Tage, an dem die deutsche Nation nach einem Zeitraum von fünf Jahren wie derberufen sein wird, ihre Souveränitätsrechte auszuüben. Das Volk, das mit unendlich mehr Recht als jener französische Sonnenkönig von sich sagen kann: „der Staat bin ich“, hat an diesem Tage seinen Willen zu deklariert, um dann auf Grund unserer herrlichen „konstitutionellen“ Zustände wieder auf 5 Jahre in eine mehr passive Rolle zurückzusinken. Darum muß dieser Tag ein Tag der Weisheit sein, das Wahlrecht ist auszuüben mit Ernst, Pflichtbewußtsein und Würde.

Der Feinde sind gar manche. In den großen Städten sind vielfach die Burgen des kapitalistischen Freisinn zu erstürmen, obgleich diese „Burgen“ schon vielfach in sich zusammengefallen und oft kaum mehr als große Mantelwurfshügel sind. Gefährlicher ist jedenfalls die industrielle und grundbesitzende Plutokratie, welche jetzt im Deutschen Reiche das Szepter in Händen hat. Der in bourgeois-liberalen Kreisen mit so viel Hoffnung begrüßte „neue Kurs“ steht im Zeichen der Stumm und Kaniz. Das sagt zu seiner Kennzeichnung wahrlich genug. Im Kampfe gegen diese Plutokratie muß die Sozialdemokratie die Spitze nehmen, dann wird sie nach errungenem Siege auch die Richtung schreiben können und nicht der Freisinn, wenn er, was ja ganz lässlich ist, uns mithilft. Aber die Rolle des Siegers wird er nicht in Anspruch nehmen können, das kann ein kränkelnder Krieger nicht. Auf der Sozialdemokratie beruhen die Hoffnungen aller derer, welche die unterdrückte Menschheit von den Ausbeutungsversuchen der maßgebenden Interessentklassen befreien und das deutsche Volk frei und groß machen wollen, also der wahren Patrioten. Man lasse sich nicht dadurch beirren, wenn Vorträger uns den Patriotismus abspreiben; das ist zu allen Zeiten jedem so ergangen, der den Mächtigen der Erde entgegentrat, denn „der Dienst der Freiheit ist ein harter Dienst; er bringt nicht Gold, er bringt nicht Fürstengunst“.

Die eigentlichen Herren im Lande sind die Großagrarier, die adeligen Großgrundbesitzer. Aus ihnen rekrutiert sich überlieferungsgemäß die hohe Beamtenenschaft, vom Ministerpräsidenten und Minister des Innern bis herab zum Landrath. Darum ist schon oft gesagt, in Preußen könne auf die Dauer gegen „die kleine, aber mächtige Partei“ nicht regiert werden. Schon oft haben sie Schläge auf den Kopf bekommen, die „Kreuz-Zeitung“ ist schon mehrere Male von den königlichen Schloßherren verboten gewesen, aber wie Stehauermannen kommen sie immer wieder nach oben. Die Junker sind gar nicht unterzutrügen, weil eben die Tradition besteht, sie seien die geborene Leibgarde des Thrones. An äußerer Macht bezw. an Geldkraft sind die Großindustriellen ihnen ja weit überlegen; aber wer für die politischen Verhältnisse einen gefährlichen Blick hat, sieht deutlich, daß der Schlotjunker eigentlich nur als Adjutant des Krautjunktens in Betracht kommt. Als Repräsentant der „preussischen Traditionen“ wird doch nicht der rheinisch-westfälische Kommerzienrath national-liberalen Glaubensbekenntnisses, sondern der pommerische, ostpreussische und brandenburgische Rittergutsbesitzer „von und zu“ angesehen. Deshalb haben nicht bloß die Krupp und Stumm ihren politischen Beruf darin gesehen, den Krautjunker den Rücken zu stützen, auch der geadelte Herr v. Miquel, der Minister mit der leichten Auffassungsgabe, hat sofort begriffen, daß am besten der agrarische Wind seine Segel zu schwellen geeignet ist.

Wer dies überlegt, wird erkennen, daß für jeden Volkstfreund das Großagrarierthum an erster Stelle der Feinde ist; fällt dieses, so fällt vieles andere mit. Wird dem Großagrarierthum das Genick gebrochen, so werden die Schlotjunker schon von selbst zusammenklappen und das Hasenpanier ergreifen. Im tiefsten Herzen wünschen die Großindustriellen überhaupt die Agrarier dahin, wo der Pfeffer wächst; sie sind nur mit ihnen allirt, weil sie es für ihr eigenes politisches Interesse erachten, sich mit den Mächtigen zu verbinden. Sobald der Krautjunker depossediert ist, wird der biedere Schlotjunker sich seitwärts in die Büsche schlagen und seine Freunde wo anders, eventuell beim Freisinn, suchen. Man darf nicht übersehen, daß eine Gesellschaft, die nur durch Geldbeutel-Interessen zusammengehalten wird, naturgemäß bis zum Uebermaß egoistisch und treulos ist.

Darum auf die Dörfer und den Junkern zu Leibe gerückt! Man halte ihnen ihre reaktionären Pläne, ihren Brotwucher, ihre Anechtung der Landarbeiter vor. Ein gültiges Gesicht hat gefügt, daß uns der „Bund der Landwirthe“ noch im letzten Moment ein überaus brauchbares Agitationsmittel in die Hand gespielt hat. Durch seinen Streit mit den Thomasposphat-Fabriken ist Licht über eine... Geschäftspraxis enthüllt worden, die einfach skandalös ist. Das bringe man in jeder ländlichen Wahlversammlung vor, denn das versteht jeder Bauer. Im Bundeslager ist man offenbar verblüfft bis zur Katholosität; die „Deutsche Tageszeitung“ windet sich wie ein Fisch auf trockenem Sande. Nichts in der Welt bringt den Bauer mehr auf, als wenn er sieht, daß er überbohrt wird; diesmal haben es aber nicht die verfluchten Juden gethan, sondern der

gute, der heilige Bund selbst, dessen ganzes Streben dahin geht, für die Landwirthe zu sorgen. Die Bauern würden es dem Bund vielleicht noch verzeihen, wenn er die bösen Juden geprellt hätte, nun aber hat er... doch es ist zu schrecklich, das entsetzliche Wort auszusprechen... Nachbarin, euer Fälscher!

Doch im Ernste gesprochen! Was in der Presse über die Thomas-Phosphat-Manipulation verlautet hat, ist so gravirend, daß selbst die gemäßigtesten, ja regierungsfreundliche Blätter (wie die „Köln. Ztg.“) nach dem Staatsanwalt rufen, und im privaten Verkehr politischer Kreise vielfach die Erwartung ausgesprochen wird, über die Bundesleiter werde die Untersuchungshaft verhängt werden, deren Zweck bekanntlich ist, die „Verschleierung des Thatbestandes“ zu vereiteln, eine Möglichkeit, die hier zweifellos gegeben ist. Es wäre allerdings ein unangenehmes Quid pro quo, wenn man statt in den Reichstag in eine weit kleinere Räumlichkeit käme, doch einen guten Agrarier wird der Himmel hoffentlich vor so unangenehmen Ueberraschungen schützen.

Jedenfalls ist der Bund gerichtet, einerlei, ob die Justiz einschreitet oder nicht. Die „Dtsch. Tagesztg.“ würde schwerlich so hartnäckig schreiben, wenn der Bund jedem Abnehmer von Thomas-Phosphat geschrieben hätte: „Nun merke wohl, lieber Freund, wir haben Dir nicht den richtige Preis angelegt, sondern einen höheren, den Ueberschuß lassen wir in unsere eigene Tasche gleiten.“ Hätte er das gethan, dann wäre die Sache ja in Ordnung. Die „Dtsch. Tagesztg.“ hat aber nichts einzuwenden gemußt, als die Kunde, als eine „Bezugsvereinigung“ habe der Bund wohl den Ueberschuß in die Bundeskasse leiten dürfen, wo sie allen Mitgliedern zu gute käme. Auch ohne die Häuser zu fragen? Jedenfalls wurden auf diese Weise die Abnehmer von Thomas-Mehl zu gunsten der Reichsbäcker überbohrt. Und überdies scheint die „Deutsche Tageszeitung“ mit ihrer Behauptung vorbeigeschossen zu haben, daß alles in die Bundeskasse gekommen sei; es sollen nach Zeitungsberichten vielmehr beträchtliche Lantienmen an Oberbeamte gezahlt sein.

Wie blamirt steht jetzt der Bund da! Seine eigenen Getreuen zu be-mogeln, das ist jedenfalls das stärkste, was bis jetzt eine politische Führung geleistet hat. Da muß einem wirklich das Verklein aus „vorreißlicher“ Zeit einfallen: „O Bund, Du Hund, Du bist nicht gesund.“ Wir sind sehr überzeugt, daß dieser Vorfall der agrarischen Agitation den Rest giebt; eine solche Kompromittierung kann kein Politiker, keine Partei vertragen. Man kann da auch seinem untergeordneten Beamten die Schuld geben, denn in dieser Weise konnte kein Beamter auf eigene Faust handeln, das mußte auf Anweisung der Bundesleitung beruhen.

Herr Gröber wird, wenn er diese Sachen liest, vielleicht wieder ausrufen: „Die Sozialdemokratie hat ein Schweinegüld.“ Allerdings, Herr Gröber hat wirklich recht. Wenn in einer Wahlversammlung einem agrarischen Agitator nur das Wort „Thomas-Phosphat!“ zugerufen wird — was bleibt ihm da übrig, als an die frische Luft zu gehen? Eine Rechtfertigung ist ja unmöglich. Daß uns aber noch möglich gewesen wäre, den edlen Junkerbund mit seinem Dünger hereinzulügen, das ist nicht nur höchst humoristisch, das hätten wir auch nicht geahnt.

Wahlkampf.

Berlin.

Die „Vossische Zeitung“ beschwört in dringlichen Worten die liberale Gefolgschaft, alles auszubieten, damit der Wahlausgang in Berlin für den Liberalismus nicht gar zu lässlich werde. Aus jedem Satz sprechen die bänglichsten Besorgungen. U. a. schreibt die Vossia:

„Im zweiten, dritten und fünften Wahlkreis hat vor fünf Jahren eine Stichwahl stattgefunden; hier ist es die Aufgabe der liberalen Partei, einen ersten und kräftigen Versuch zur Eroberung des Mandats zu machen. Der Hochmuth der Sozialdemokratie würde beträchtlich steigen, wenn diese Wahlkreise von ihr ohne Stichwahl behauptet würden. Vollends schämen aber müßte sich die Bürgerchaft Berlins, wenn sich die Hoffnungen der Sozialdemokratie auf die Eroberung auch des ersten Wahlkreises erfüllen sollten. Sie rechnet auf die Mißstimmung, die in liberalen Kreisen namentlich über die Zwistigkeiten zwischen den freisinnigen Gruppen herrscht...“

Vielleicht tröstet es die „Vossische Ztg.“ ein wenig, daß die „National-Ztg.“ heute die national-liberalen Wähler auffordert, schon im ersten Wahlgange für die Kandidaten der freisinnigen Volkspartei zu stimmen.

Nun, die Drohsätze voll Nationalliberaler wird die freisinnige Schaar nicht besonders verstärken können.

Democh möchten wir unsere Parteigenossen ersuchen, sich ja nicht etwa durch die Kleinmuth, der bei den freisinnigen herrscht, einschläfern zu lassen.

Die freisinnige Presse bietet alles auf, um ihre Anhänger vollständig zu sammeln und in der Agitation vom Bund zu Mund leistet die Partei sehr erhebliches.

Unsere Genossen müssen aufs angepannteste arbeiten, wenn wir vor unangenehmen Ueberraschungen sicher sein wollen.

Rur keine vorläufige Siegesgewißheit! Weiterer Kampfesmuth und fleißige Agitation ohne Unterlaß. Dann wird dem Freisinn all sein Mühen vergeblich bleiben und was die Berliner Genossen 1893 zum ersten Male erobert haben, bewahrt sich 1898 als dauernder Besitz der Partei!

Noch ein Chelicher.

Aus Esch-Bothringen wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben, daß der freikonservative Reichstags-Abgeordnete Dr. Höffel-Buch-

weiter sich in einer Wählerversammlung in Drulingen unumwunden gegen den Fortbestand des geheimen Wahlrechts erklärt habe. Herr Dr. Höffel ist 1893 mit 10337 Stimmen gegen 4490 Stimmen der freisinnigen Volkspartei gewählt worden. Wollen die Wähler ihn wieder wählen? Wollen sie sich selbst ihres geheimen Wahlrechts berauben?

„Kreuz-Zeitung“, Centrum und Wahlrecht.

Die „Kreuz-Zeitung“ sucht jetzt die Centrumspresse vom Feldzug gegen die Wahlrechtsfeinde dadurch abzugelenken, daß sie dem Centrum vorwirft, man könne auch aus seinen streifen Platte bringen, die das Verlangen nach Abänderung des Wahlrechts belunden.

Dies ist bis zu einem gewissen Grade richtig. Aber der Unterschied ist doch überaus groß. Die konservativen Pläne sind durch viele Duzende von Aussprüchen hervorragender Parteimitglieder und tonangebender Blätter erwiesen. Die konservativen und National-liberalen haben in Sachen bereits ihre Pläne in Thaten umgesetzt. Da ist also alles klar und gewiß. Beim Centrum liegt die Sache anders. Diese Partei hat vorläufig noch starkes Interesse am Fortbestand des Wahlrechts.

Allerdings sind wir trotzdem sehr weit entfernt, dem Centrum in seiner Gesamtheit und auf die Dauer in der Wahlrechtsfrage auch nur das geringste Vertrauen entgegenzubringen. Leicht können es die Umstände fügen, daß das immer mehr Regierungspartei werdende und andererseits immer mehr von der Sozialdemokratie bedrohte Centrum in der Wahlrechtsfrage unzufällig, wie es schon in so vielen anderen bedeutamen Fragen unzufällig ist.

Immerhin wollen wir den Unterschied zwischen den erklärten Feinden des Wahlrechts und den bürgerlichen Parteien, welche ein Interesse an der Erhaltung desselben haben, nicht verwischt wissen. Den Gefallen thun wir der „Kreuz-Ztg.“ nicht, die „Köln. Volks-Zeitung“ mit ihr auf das gleiche Niveau zu stellen.

Wahlkämpfen in Friedrichshagen.

Die „Hamburger Nachrichten“ sprechen in einem Leitartikel von der großen Mäßigkeit der Sozialdemokratie im Wahlkampf. Mit der Agitation der Ordnungsparteien ist dagegen das Bismarckblatt gar nicht zufrieden. Etwas mehr Energie! rufen die „Hamb. Nachr.“ ihren Anhängern zu und sie führen dann aus:

„Diese gewaltigen Ausreitungen der Sozialdemokratie gegenüber hat man leider nicht den Eindruck einer entsprechenden Gegenarbeit auf seiten der bürgerlichen Parteien. Es soll nicht gelengnet werden, daß auch hier die Wahlvorbereitungen meist mit Mäßigkeit betrieben werden, aber von einer wirklich ernstlichen Belämpfung der Umsturzpartei ist, täusch nicht alles, weniger als je zu spüren. Auf der radikalen Seite spricht man zwar in konventionellen Redewendungen von der Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie, Holt auch die alten Scherze und Spöttelchen über den Zukunftsstaat wieder hervor... Aber selbst bei den ehemaligen Kartellparteien vernimmt man in ihrer Stellungnahme gegenüber der Sozialdemokratie vielfach die wünschenswerthe Deutlichkeit und Schärfe. Wie selten hört man in ihren Versammlungen, in ihrer Presse das offene Bekenntniß der unerlässlichen Nothwendigkeit einer besseren Sachweise gegen die Ausfärcitungen der sozial-revolutionären Bewegung! Nicht einmal von der Beschaffung wirksamer Maßregeln gegen den Streikterrorismus wird gesprochen, obgleich das Bedürfnis einer genügenden Sicherung derer, die arbeiten wollen, auch in weiteren Arbeiterkreisen lebhaft empfunden wird. Man hält es für lange Politik, die Sozialdemokratie nicht durch solche Erläuterungen zu noch größeren Kraftanstrengungen zu reizen. Das dünkt uns unverständige Vorsicht; die Sozialdemokratie thut auch ohne solche Kurcuzing, was sie überhaupt zu leisten vermag. Dagegen fürchtet wir, daß in den bürgerlichen Schichten die Stimmung und demgemäß auch die Wahlbereitschaft mehr oder weniger flau bleiben wird, wenn dieselben nicht den Eindruck gewinnen, daß dem Hauptfeinde ernsthaft zu Leibe gegangen werden soll.“

Das sind ja recht schöne Rathschläge, die den bürgerlichen Parteien von den „Hamburger Nachrichten“ gegeben werden. Aber die Herren konservativen und National-liberalen dürften sich für dieselben ganz gehörig bedanken. Sie werden den Herren von der Feder, so da in den „Hamb. Nachr.“ den Umsturz von oben betreiben, erwidern: Am Himmel wollen seid still, Ihr da am grünen Tisch; wir, die wir im Kampfe selbst stehen, können denn doch besser urtheilen, welche Taktik klug ist und welche dumm. Bleibt uns, so werden sie sagen, mit Eurer „Energie“ geht von Leibe. Jetzt gilt es „Vorsicht“. Haben wir die Wähler überlistet, so werden wir schon auch „Energie“ beweisen.

Aber die „Hamb. Nachr.“ sind auch mit der Regierung sehr unzufrieden!

Leider muß man sagen, daß auch von seiten der Regierung nichts geschieht, das Bürgerthum aus dieser schlaffen Haltung aufzurichten. Unzulässige Wahlbeeinflussung wird von den niemand empfehlen wollen; aber ein so vollständiges Desinteressement (Interesslosigkeit), wie sie es, wenigstens nach außen, dieser Wahlbewegung gegenüber bekundet, scheint uns doch nicht unbedenklich. Bis jetzt hat man nur die gegen die Wahlrechtsphantasten gerichteten Dementis des „Reichsanzeigers“ vernommen. Aber selbst diese litten an einer seltsamen Joghastigkeit... Der Sozialdemokratie gegenüber sich zu geniren, hat sie (die Regierung) gar keine Veranlassung. Das Positivitätsliche Mundschreiben wegen eines etwaigen gesetzgeberischen Vorgehens zum Schutze der Arbeitswilligen wird von den sozialdemokratischen Agitatoren der gläubigen Zuhörerchaft tagtäglich als sonnenklarer Beweis dargestellt, daß die Regierung das Koalitionsrecht zu vernichten trachte. Wir möchten meinen, eine ungewöhnliche Regierungserklärung, welche die Verlogenheit dieser Darstellung nachweise, zugleich aber den feiten Entschluß bekundete, jenen wirksameren Schutze der Arbeitswilligen herbeizuführen, würde auf die staatsberathenden Parteien einen heilsamen Einfluß ausüben. Doch ist es nicht zu spät, das Verantwortungsbewußtsein gegenüber der sozialdemokratischen Partei zu wecken.

Also niemand kann es den „Hamb. Nachr.“ recht machen. Bismarck würde den Wahlkampf ganz anders geführt haben. Er hätte eine Regierungserklärung erlassen, daß das Koalitionsrecht nicht angetastet werde, daß nur die Arbeitswilligen geschützt werden sollen. Was dies in Wirklichkeit bedeutet, weiß man aber hinlänglich.

Unter Bismarck's Regierungskunst gerade ist jedoch die Sozialdemokratie erst recht groß geworden, darum kann man es begreifen,

wenn die jetzige Regierung einige Zweifel in den Werth der Rathschläge des Bismarckblattes setzt.

Die bürgerlichen Parteien und die Regierung mögen es eben machen, wie sie wollen. Die Regierung mag in die Kürassierstiefeln à la Bismarck einhermarschieren oder in Miquel'schen Pantoffeln schleichen. Die deutsche Arbeiterbewegung, welche für Recht, Freiheit und wirtschaftliche Wohlfahrt aller Glieder des Volkes kämpft, sie macht ihren Weg. Sie hat seit fünf Jahren, das wird der 16. Juni zeigen, wieder ein gut Stück dieses Weges zurückgelegt!

Schmutzig

gleich der Kartellpresse den Wahlkampf zu führen, scheut sich auch das zuweilen etwas bessere Gepflogenheiten zeigende Hauptorgan der Zentrumsparthei, die „Germania“, nicht. Sie zitiert einige Ausführungen, welche unser Parteigenosse Liebknecht vor einiger Zeit in der „Woswopols“ gemacht hat und die von allen ernsthaften Männern, z. B. von Professor Adolph Wagner und von Professor Sohn, sehr ernst genommen worden sind; dazu sagt das Blatt:

„Sollte es aber wirklich so unwürdige Arbeiter geben, die auf das hohe und konfuse Geschwätz des Hg. Liebknecht über den Zukunftsstaat etwas geben und um eines solchen Phantoms willen ihre sauer erworbenen Groschen an die Parteikasse zahlen, damit ihre Führer und Anführer an der Parteitrippe ein behagliches Leben führen können?“

Gegen solche Klendigkeiten haben wir nicht zu polemisieren. Liegt einem ein Stein im Weg, so schiebt man ihn mit dem Fuße weg, aber um eine Schmutzpfütze geht man herum.

Herr Richter, wie konkolieren!

Herrn Eugen Richter ist das Bech widerfahren, daß die „Deutsche Tageszeitung“ ihm völlig zustimmt, er wird nun wohl selbst einsehen, daß er da etwas recht Hässliches verbrochen haben muß. Die „Deutsche Tageszeitung“ druckt nämlich die folgende hässliche Stelle aus der letzten Nummer der „Freisinnigen Zeitung“ ab:

„Die Sozialdemokratie beschäftigt fortwährend einen außerordentlichen Rechtsanwalt damit, aus Parlamentsreden und aus Zeitungsartikeln Material gegen andere Parteien zu sammeln und dasselbe aus dem Zusammenhange gelöst derart in rabulistischer Weise zu verdrehen, daß die betreffende Partei als eine solche erscheint, welche heuchlerisch oder hinterlistig das Gehörtheil von demjenigen begehrt, was sie öffentlich kundgibt.“

Diese ebenso dumme wie freche Art der Polemik, die sowohl in persönlicher wie sachlicher Beziehung jedes Untergrundes entbehrt, wird am besten durch den Beifall des Organs der Dahn und Pflüg gerichtet.

„Die Post“

leitartikelt über „die Sozialdemokratie und die Arbeiter“. Was weiß sie zu sagen? Keine Aenderung des Wahlrechts wird beabsichtigt, keine Verschlechterung des Wahlrechts, der Freizügigkeit. Vielmehr sei es die Sozialdemokratie, die am Wahlrecht rüttelt, die die Arbeiter terrorisiert, die die Bewegungsfreiheit der Arbeiter sogar soweit beschränkt, daß sie ihnen vorschreibt, wo sie abends ihr Bier trinken dürfen oder nicht. Weiter: der Zukunftsstaat werde sehr schön geschilbert, würde aber ein großes Nichts sein; die Sozialdemokratie habe ihre Lehren mehrfach geändert und leiste praktisch nichts. Also, Arbeiter, laßt Euch nicht verlocken.

Also, Arbeiter, bleibt beim Reichertum v. Stumm! Er ist der Schutzhort des Wahlrechts, des Wahlrechts, aller Rechte und Freiheiten des Volkes. Er sorgt unermüdet für die Verbesserung des Gegenwartsstaates und das Wohl der Arbeiter. Er ändert seine Lehren nie, sondern bleibt stets der gleiche unentwegte Wohltäter und Beglückter der Armen.

Warum läßt es sich eigentlich die „Post“ so viel Papier und Druckerzwänge kosten — von Geldesnöthe kann man nicht gut sprechen —? Will sie den Arbeitern durch solche Artikel in dem Ernst des Wahlkampfes ein Vergnügen bereiten. Wenn dies ihre Absicht, so begreifen wir ihren Artikel und loben die „Post“ ob der guten Ausführung einer edlen Absicht.

Herr Krupp sprach.

Herr Krupp hat auf Anfrage des nationalliberalen Komitees des Essener Wahlkreises erklärt, er halte das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für eine so fundamentale Bestimmung der deutschen Reichsverfassung, daß er an eine Beschränkung desselben weder glaube, noch ihr bestimmen werde.

Herrn Krupp's Wahlkreis ist äußerlich gefährdet. Wollte er ihn ohne weiteres verloren geben, so müßte er schon eine beruhigende Erklärung über seine Stellung zum Wahlrecht abgeben. Statt aber von seinem Unglauben hinsichtlich einer Beschränkung des Wahlrechts zu reden, hätte sich Herr Krupp eher darüber aussprechen sollen, wie er sich mit der Thatsache abzufinden gedenkt, daß er, würde er wieder gewählt, mit einer ganzen Anzahl von Herren in der nationalliberalen Fraktion zusammenzusetzen soll, die sich, sei es ganz offen oder halb versteckt, gegen das Wahlrecht erklärt haben.

Im übrigen wäre es wünschenswerth, daß die Kandidaten der Sammelparteien, aber auch die des Zentrums und der übrigen Mittelparteien, ausdrücklich zu klaren, verpflichtenden Erklärungen über das Reichstagswahlrecht aufgefordert würden.

1 Million Mark

für jeden Arbeitstag müssen die ärmsten deutschen Unternehmer für die Arbeiter zahlen. Mit dieser wildigen Behauptung meint Graf Posadowski die Fortführung der Sozialreform als nicht dringlich hinzustellen zu können. Aber bloß Rechnungswesen lassen sich die 300 Millionen Mark konstruieren, und zwar erst vom Jahre 1900 ab. Bis dahin könnte vielleicht noch etwas Sozialreform gemacht werden!

Unberichtigtes Mißtrauen.

Die Konservativen im Wahlkreise Dessau-Zerbst wollen den liberalen Kandidaten Kommerzienrath Röske nicht unterstehen, worüber das „Berliner Tageblatt“ recht ungehalten ist. Die „Kreuzzeitung“ aber holt in der Verteidigung dieses Weichlusses zu dem sehr ungerathenen Vorwurf aus, daß die Freisinnigen keinen Wahlkreis nennen könnten, in dem sie bei der Stichwahl für den Konservativen eintraten.

Dieselbe Klage erhebt nun die freisinnige „Berliner Zeitung“ gegen die Konservativen, indem sie bezweifelt, daß die von Dr. Kropatschek im Wahlkreise Lützenwalde ausgesprochene Absicht, in der Stichwahl für den Freisinnigen gegen den Sozialdemokraten zu stimmen, in Erfüllung gehen würde.

Das Mißtrauen belustigt uns. Als ob sie nicht beide wissen, wie sie zusammengehören und immer einander helfen. Das Verschiedenspielen ist unumgänglich.

Obrigkeitsliche Wahlmasche in Sachsen.

Im festlichen sächsischen Wahlkreise verbreiten Gemeindeglieder ein Flugblatt für den konservativen Kandidaten. Im vierten sächsischen Kreise geschah dasselbe in einem Dorfe am zweiten Feiertage während des Gottesdienstes durch den Ortspolizisten, der dann später auch noch Plakate anklebte.

Man scheint sich also in Sachsen verdammt wenig um die vom Reichstag für die Wahlagitator aufgestellten Grundzüge zu kümmern.

Aus Oberschlesien.

Rum ist auch unser Gegner, das Zentrum, in den Wahlkampf eingetreten, und zwar arbeitet es sofort mit Hochdruck. Am ersten Pfingstfeiertage fanden in Beuthen, Rattowitz und Rabrze Wähler-versammlungen statt, die den Wahlkampf einleiten sollten, aber auch sofort zeigten, welche bedeutender Umwälzung in der politischen Stimmung der Arbeiterbevölkerung innerhalb der letzten Jahre eingetreten ist.

Verhältnismäßig noch am meisten Glück hatten die „geborenen Führer“ des ober-schlesischen Volkes in Beuthen. Obwohl fast im ganzen Beuthener Kreise von den Manjein herab zur Verammlung eingeladen worden war, sah man doch in ihr viel mehr Beamte und Kleinbürger, als Arbeiter. Die Parteigenossen hatten vom Besuche der Verammlung Abstand genommen und so konnte die Kandidatur Stephan nach dessen deutscher und polnischer Rede „einstimmig“ angenommen werden. Trotzdem scheint man sich über diesen „Erfolg“ nicht zu täuschen. Schon werden in Beuthen und Umgebung für den guten Ausfall der Wahl Messen gelesen!! Die Mehrzahl der Arbeiter laßt aber diese geradezu abergläubische Verquickung einer Form des Gottesdienstes mit der Wahlpolitik; wahrhaft Fromme sind empört über diese Rathbarmachung der ihnen heiligen Dinge zu rein weltlichen, politischen Zwecken.

In Rattowitz und Rabrze hatten die Genossen, die seit Jahren durch immer unfaulere Mittel um die Benützung des Verammlungsrechts betrogen worden sind, beschloffen, die angeklagte Kandidaturenrede Letocha's zu hören, daneben aber auch ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. In beiden Verammlungungen, in denen übrigens Herr Letocha „wegen Krankheit“ nicht erschien, versagte der frühere Kandidat Herr Barowski in die Diskussion einzutreten. Da ihm das Wort nicht erteilt wurde, da ihn sogar ein Polizeibeamter ohne berechtigten Grund aus dem Saale entfernte, entstand begrifflicher Weise unter den erschienenen Genossen eine ziemliche Erregung. Die gefürchte Ruhe konnte nicht wieder hergestellt werden und so kam es, daß die Verammlungungen resultatlos verliefen. Ihr einziges Resultat war, daß sie den Zentrumsführern mit aller nur wünschenswerthen Klarheit zeigten, daß der Anfang vom Ende ihrer Herrschaft gekommen ist. Viele der zahlreich erschienenen Geistlichen waren augenscheinlich starr vor Sätzen über das Ungeahnte.

In den Kirchen werden in dieser Zeit wahre politische Versammlungen abgehalten, ohne daß sich natürlich Polizei und Staatsanwalt daran kümmern. Die Predigten sind hochpolitisch und an Unwahrheiten und Verleumdungen über die Sozialdemokraten wird jetzt nichts mehr gelehrt als in den Kirchen Oberschlesiens. Es kommt jetzt häufig vor, daß die sozialdemokratisch gesinnten Kirchenbesucher aus Karger über die Geistlichen die Kirche verlassen, und daß auch wirklich religiös gestimmte Leute Anstoß nehmen an dem Treiben der geistlichen Demagogen. Man glaubt beim Anhören mancher Berichte über die Antägen und privaten Beherse der Geistlichen in Ungarn oder Ostgalien zu sein, nicht in einem Theile des Deutschen Reiches. Der Wahlkampf in Oberschlesien verpricht nach seinen Anfängen noch recht wunderbare Dinge zu erzeugen.

Von der Agitation.

In Falkenberg sprach am 31. Mai Genosse Franz Hofmann vor einer glänzenden Versammlung unter freiem Himmel. Es mögen wohl an 2000 Personen Theilgenommen haben. In Finsterwalde referirte Genosse Eichhorn und in Halberstadt Genosse Nebel vor überaus zahlreich besuchten Versammlungen.

Nachdem in den letzten Tagen im Kreis Königsberg in der Neumark 40 000 Flugblätter, Broschüren und Zeitungen im ganzen Kreise vertheilt waren, fanden am zweiten Pfingstfeiertage drei sehr stark besuchte Volksversammlungen in Gusebiere, Jellin und Blossin statt. Dagegen beschränkten sich die Konservativen auf die Verbreitung der Schundbrochüre des Koromachers Fischer — eine Kampfesweise, die vom Genossen Goerle treffend beleuchtet wurde. Ueberall machte sich eine große Begeisterung für unsere Sache bemerkbar. In den nächsten Tagen werden noch einige Versammlungen stattfinden, da man anfängt, uns Sätze zur Verfügung zu stellen. Nur in dem Rittstiner Winkel müssen die Genossen die Gelegenheit wahrnehmen, in gegnerischen Versammlungen zum Worte zu kommen, da sie dort kein Vokal bekommen. In Alt-Drewitz referirte Oberlehrer Dr. Werner in bekannter Weise. Als Genosse Goerle in der Diskussion ruhig und sachlich sprach, erklärten plötzlich der Gastwirth und fragte nach der Erlaubniß, als Sozialdemokrat sprechen zu dürfen. Da er ganz energisch abgewiesen, jedoch von einem Nebenzimmer durch den Ortsgewaltigen Kulturs erhielt, kam er mit seinem Sinedrit nach kaum einer Viertelstunde wieder und bremte einfach allen vor der Kasse die Lampe aus. Nun war jedoch kein Halten mehr. Die Menge rückte den beiden scharf auf den Leib und bedurfte es der ganzen Besonnenheit einzelner, daß Unruhe verhindert wurde. Der Einberufer der Versammlung und Herausgeber einer freisinnigen Zeitung machte aber auch in keiner Weise von seinem Hausrecht Gebrauch, sondern schloß eiligst „wegen eingetretener Finsterniß“ die Versammlung. Erwähnt sei noch, daß der Einberufer gleich zu Anfang den Genossen Goerle aufmerksam machte, daß er eigentlich keine „Kandidatenrede“ halten dürfe, da es ja eine „freisinnige“ Versammlung sei, — die denn auch mit dem jetzt beim „Freisinn“ so üblichen Halsehoch eröffnet wurde. Die Stimmung war auch hier entschieden eine für uns günstige.

Aus Elbingerode schreibt uns ein Parteifreund: Nun war auch der Kandidat der Fraktion Drehscheibe bei uns und las eine recht artige Rede vor. Da nur reichstreuere Wähler zum Vorwortsen eingeladen waren, so dürfte ich nur als woblgerogener Bürger einige höfliche Fragen riskiren, betreffend Kandidatur und billigen Kredit für den ehrlichen Kleinhandwerker. Ich erhielt von dem Reichstagskandidaten Herrn Landtags-Abgeordneten Horn recht liberale Antworten. Dann schloß der Bürgermeister die von 12 Bürgern und sechs Arbeitern besuchte Versammlung, und wir hätten können nach Hause gehen, wenn nicht der Parteigenosse des Herrn Horn, der Herr Amtsrichter aus Goslar, die Diskussion aufs neue in Gang gebracht hätte. Nun kam Leben in die Rede. Ein ehrenwürdiger Greis, ein Vergrath, wurde durch die Rede so ergriffen, daß er mich direkt aufforderte, die öffentliche Erklärung abzugeben, auch ich, der rote Juchhäusler, wolle keinen anderen wählen als — Herrn Horn. Ich bemerkte dem braven Manne, daß ich auch künftig die Feinde der Arbeiterschaft bekämpfen werde, daß ich Kägel und Jähne daran setzen würde, um Frey Wille, den Sozialdemokraten, in den Reichstag zu bringen.

Damit war die Vorstellung zu Ende, mißgestimmt verliefen die Reichstreu die Versammlung.

Die erste sozialdemokratische Versammlung wurde am zweiten Pfingstfeiertag auf der Insel Poel im zweiten mecklenburgischen Wahlkreise abgehalten. Sie gestaltete sich zu einer außerordentlich wirkungsvollen Propaganda für die Sozialdemokratie. Redakteur Groß-Kostod legte in einem nahezu zweistündigen Vortrag seine Stellung zu den bevorstehenden Reichstagswahlen dar und beleuchtete die bekannten Lagen, welche die Konservativen über die Sozialdemokratie verbreiten. Als er am Schluß seiner mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgten Rede aus einem solchen konservativen Mißth die Aufforderung verlas: hinaus mit den Sozialdemokraten aus unseren Häusern! und die Versammlung fragte, ob sie ihn hinausjagen wollte? ertönte ein vielhundertstimmiges: nee, wedder kamen! Mit einem brausenenden Hoch auf die Sozialdemokratie ging die prächtig verlaufene Versammlung aus einander.

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben: Geheiligte Verleumdungen unserer Flugblattvertheiler sind neuerdings in Peisefreischlag (Wahlkreis Lubinitz-Zost-Gleitwitz) vorgekommen, wo auch 87 Exemplare unserer doppel-sprachigen Wahlschrift beschlagnahmt wurden. Sogar Verleumdungen wie „grüner Junge“, „arbeitsscheu“ mußten sich die Genossen einstecken lassen. Sie haben indeß die schnelligen Beamten bereits verhaftet. Ebenfalls in Peisefreischlag hat vor einiger Zeit ein Gendarm die dort vertheilten Schrift zum Theil aus den Wohnungen abgeholt; denen, die sie nicht herausgeben wollten, drohte er sogar mit Verhaftung. Es scheint, als ob wir an jedem Orte den Beamten die Kenntnis von dem § 43 der Reichs-Gewerbe-Ordnung erst besonders beibringen müßten.

Die Agitation im Wahlkreise Bromberg ist eine sehr rege und die Stimmung unter der Stadt- und Landbevölkerung vorzüglich. Nachdem wir den größten Theil unserer Flugblätter vertheilt haben, kommt die Staatsanwaltschaft und nimmt die noch vorhandenen Exemplare wegen angeblich darin enthaltener Verleumdungen von Staatsanwaltschaft in Beschlag. Es wurden bei den bekannten Genossen während ihrer Abwesenheit, am 2. Pfingstfeiertage, Hausdurchsuchungen abgehalten, welche ein bedeutendes Resultat abzuwehren. Nachdem dieser Auftrag ausgeführt worden war, wurden wir von dem Wachtmeister und einer Eskorte Gendarmen nach dem Bahnhofe geleitet und daselbst einer öffentlichen Visitation unterzogen. Dessen ungeachtet ist keine Beaufschlagung worden und wir machten den Herrn Wachtmeister darauf aufmerksam, daß wir uns am 16. Juni wiedersehen.

Auch in der Schweiz verfolgen die Arbeiter die deutsche Reichstagswahl-Bewegung mit hohem Interesse. Am Sonntage wurde in St. Gallen eine Versammlung abgehalten, wo Dr. Karpel's aus Zürich im Auftrage der deutschen und österreichischen Sozialdemokraten über die Reichstagswahl sprach. Zum Schluß wurde eine Sammlung veranstaltet. Von dem Landesausfluß der deutschen Sozialdemokraten in der Schweiz sind unserem Parteikassirer bereits 1000 Frs. als Beitrag zum Wahlkampf überwiesen worden.

Reichstags-Kandidaturen.

Aufgestellt wurde: in Kreuznach-Simmern vom Bund der Landwirthe Dr. Röske; in Hweibräden von der freisinnigen Volkspartei Reinhard Schmidt; von unserer Partei Benzell; in Speyer-Ludwigs-hafen von unserer Partei Fr. J. Gehart; in Cannstatt-Ludwigsburg von den Demokraten Kandidat Schnaidt.

In Hamburg hat die freisinnige Partei nun gleichfalls Kandidaten für alle drei Kreise nominiert gemacht. Im ersten Kreis soll Dr. Barth, im zweiten W. Menzel und im dritten Dr. Arzheim aufgestellt werden.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 2. Juni.

Die Doppelwährung auch ohne England haben nunmehr die Kreisvorsitzenden des Bundes der Landwirthe in Ostpreußen, also wahrscheinlich unter der Führung des Grafen Mirbach, beschlossen. Derselbe Graf Mirbach hatte jedoch noch 1896 Vorschläge zur Währungsfrage ausgearbeitet, deren § 1 lautete:

„Die internationale Regelung der Währungsfrage hat zur Voraussetzung das Zustandekommen eines Uebereinkommens Deutschlands mit England, Frankreich und den Vereinigten Staaten von Nordamerika.“

Und § 12 lautete:

„Als Vorbedingung jeder internationalen Abregelung zu Gunsten des Silbers muß die Wiedereröffnung der indischen Münzstätten durch die englische Regierung gelten.“

Herr v. Kardorff, der als binetalistischer Geistiger dem ostpreussischen Grafen durchaus ebenbürtig, stimmte dem am 13. Juni 1896 im Abgeordnetenhaus ausdrücklich zu:

England selbst ist es, das die Initiative in dieser Frage ergreifen muß und allein ergreifen kann, wenn dieselbe zu einem richtigen Endziel geführt werden soll. Den ostpreussischen Bündlern ist die Gefährdung unseres ganzen Geldsystems, die sie selber früher beim Fernbleiben Englands zugestanden haben, offenbar sehr gleichgültig, wenn es nur lohnendere Preise und Erleichterung der Schulden verspricht; was darnach nachkommt, mag das Reich ausbaden. Die industriellen Sammelpostkisten werden freilich von diesen Bundesgenossen wenig erbaut sein, die zudem noch eine sofortige Verschlechterung der Reichsbankdeckung durch Silber verlangten.

Die Angriffe gegen die Gewerbeberichte, die neuerdings besonders von der hochschützöllnerischen „Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ ausgingen, weist jetzt auch das „Gewerbebericht“ mit Entschiedenheit zurück. Diese Zeitschrift nimmt besonders auch die sozialdemokratischen Angriffe gegen den Vorwurf der Parteilichkeit bei der Rechtsprechung in Ohue je:

„Wenn ohne jede Begründung und Beweis die Klagen über gewerbegerichtliche Urtheile, die von einseitig sozialdemokratischer Parteilichkeit beherrscht werden, wiederholt werden, so möchten wir doch darauf hinweisen, daß solche Klagen uns von keinem Gewerbegerichts-Vorsitzenden bisher bekannt geworden sind und daß auch unter den Urtheilern, die uns wohl in reichlicher Hülle als irgend einer Stelle sonst in Deutschland zugehen, sich niemals solche gefunden haben, die einen derartigen Vorwurf rechtfertigen. Es ist diese Behauptung über die von sozialdemokratischer Parteilichkeit beherrschten, also parteiischen und deshalb ungerathenen Urtheile eine Phrase ohne jeden Inhalt, die eine schwere Verleumdung der Gewerbegerichts-Vorsitzenden wie der Richter enthält. Im Gegentheil, es ist das Uebereinstimmende Urtheil aller Gewerbegerichts-Vorsitzenden, daß auch die sozialdemokratischen Arbeiter in den Spruchsituationen fast ausnahmslos sich lediglich als Richter und nicht als Parteimänner fühlten.“

Das Organ des Deutschen Gewerbegerichts-Verbandes hebt zum Schluß mit recht hervor, daß den Industriellen das ganze Geheiß ein Dorn im Auge sei, weil es die Arbeiter als den Unternehmern gleichberechtigt behandle.

Könnte nur von allen unseren Strafrichtern, die in politischen Prozessen zu urtheilen haben, ein gleich gutes Urtheil gefällt werden, wie es über die sozialdemokratischen Gewerbeberichte im obigen von dem der Sozialdemokratie natürlich ganz fernstehenden „Gewerbebericht“ gefällt wurde!

Die italienische Ministerkrise ist also wieder einmal gelöst worden, sie wird bald wieder gelöst werden müssen, denn das neue Kabinett Rudini hat keine Lebenskraft, lauter Männer dritten und vierten Ranges ohne Ansehen, ohne starke parlamentarische Stellung. Und auch, daß Herr Luzzatti als Finanzminister im Kabinette verblieb, ist bloß als ein Zeichen dafür zu deuten, daß niemand das dornenvolle Parteifeld der Steuerrektion übernehmen wollte.

Das Eisenbahn-Portefeuille geht nach dem in Oesterreich von Vabeni gegebenen Beispiele an einen General über, der die sozialistische Eisenbahner-Organisation, die mächtigste Arbeitergewerkschaft Italiens, unterdrücken soll.

Die offiziöse „Stafie“ schreibt: In der demnächstigen Sitzung des Ministerraths werde das Programm des neuen Kabinetts festgestellt werden. Das Kabinett denke an die Kammer zu appelliren, daß vor allem das Budget berathen werde. Es sei ja klar, daß eine große politische Schlacht unvermeidlich sei; diese

Könne aber bei der Verabreichung der provisorischen Budgetmittel gelassen werden, deren Bewilligung das Kabinett heute beantragen müssen. Nach dieser Bewilligung werde die Regierung dann erlauben, daß das Budget im Juli in täglich zwei Sitzungen verhandelt werde.

Aus Lugano meldet man der „Frankf. Ztg.“: Die Jemur bezüglich aber Nachrichten, welche die Untersuchung wider die in Mailand verhafteten Deputierten und Journalisten betreffen, wird aus strengem Geißel. Ich erfahre zuverlässig, daß die Untersuchung gegen die Deputierten Costa (Sozialdemokrat) und de Andreis (Republikaner) sowie die Journalisten des „Secolo“ und der „Italia del Popolo“ auf Grund des § 252, Aufregung zum Bürgerkrieg, geführt wird, welche, wenn sie Erfolg gehabt hat, den Schuldigen mit Einschließung von 10 bis 18 Jahren bestraft.

Wir werden über keine Infamie der zur alleinigen Herrschaft gelangten italienischen Soldateska in Erfahrenen gelehrt werden.

Deutsches Reich.

Preussische Medizinalreform. Der Gesetzentwurf, betreffend die künftige Dienststellung des Kreisarztes und die Bildung von Gesundheitskommissionen hat in ärztlichen Kreisen arge Enttäuschung hervorgerufen. So schreibt die medizinische Wochenrundschau „Medico“: Die Einführung dieses Gesetzes bedeutet im Grunde genommen die Verdrängung der Medizinalreform, von der so lange Jahre die Rede war. Noch im vorigen Jahre begab die Regierung die Absicht, den bisherigen Kreisphysikus zum voll besoldeten unmittelbaren Staatsbeamten zu machen und ihn so zu stellen, daß er seine ganze Kraft den mannigfaltigen Aufgaben, die ein staatlicher Gesundheitsbeamter zu lösen hat, widmen könnte, ohne auf Privatpraxis angewiesen zu sein. Und jetzt? Die Besoldung des Kreisarztes — wird sie auch in Zukunft volle 900 M. betragen? — ist pensionsfähig! Das ist der erhebliche Kulturfortschritt, den das neue Gesetz gegenüber der bisherigen, von allen Seiten als unzulänglich anerkannten Zuständen herbeizuführen verspricht. Denn von den zu bildenden Gesundheitskommissionen können wir uns um so weniger viel versprechen, als sie nur für die Städte mit mehr als 5000 Einwohnern obligatorisch sind. Das ist eine halbe Maßregel, die zweifellos hier und da von Nutzen sein, allein keine durchgreifende Verbesserung hygienischer Verhältnisse herbeiführen wird. Bei Gelegenheit der Verhandlungen bezüglich der ärztlichen Ehrengerichte erwies sich die Regierung als freigiebiger, indem sie den Ärzten weit mehr darbot, als von ihnen gewünscht war. Was jetzt bei den langwierigen Verhandlungen über die Medizinalreform herausgekommen ist, dürfte in den befreundeten Kreisen nur Enttäuschung hervorrufen.

Gegen die rechtliche Unsicherheit der deutschen Presse wandte sich der deutsche Schriftsteller- und Journalistentag in Wien. Wir teilen aus den Verhandlungen noch dem Berichte der „N. Fr. Pr.“ das folgende mit:

Es referierte Monsignore Anab (München) über eine Reihe von Missständen des gerichtlichen Verfahrens gegenüber der deutschen Presse. In erster Linie erörterte der Referent in eingehender Weise die Anwendung des ambulanten Gerichtsstandes in Deutschland, durch welchen Angehörige der Presse vom Chefredakteur abwärts bis zum Seherlehrer in die Gefahr kommen, vor jedem beliebigen Gerichte zur Verantwortung gezogen werden zu können. Er verlangt ferner eine Abänderung der Bestimmungen des Verjährungs-Verfahrens in der Weise, daß zumindest solche Verurteilungen sollen abgelehnt werden können, welche sich als effektiv unwirksam darstellen. Ein Abschaffen des Gerichtsweises sei ferner der Feignichtigkeits- und Verjährungsfrist. Monsignore Anab streift ferner die Härten beim Strafverfahren und bezeichnet es als nicht gerecht, daß ein Mann, der lediglich seiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben hat, gleich einem gemeinen Verbrecher behandelt wird. Insbesondere sei jedoch in Deutschland in neuester Zeit eine Praxis eingetreten, gegen welche der Kampf mit aller Energie aufgenommen werden muß. Es sei dies die Anwendung des Groben Unfugs-Paragrafen auf die Presse. Redner erklärt: „Wir Schriftsteller wollen kein Privilegium für uns haben, wir wollen nur die Aufhebung einer gegen uns gerichteten Ausnahmevorschrift, welche der modernen Zeit zur Schande gereicht.“ Er beantragt schließlich folgende Resolution:

Der Delegiertentag anerkennt, es sei in Wahrung seiner Berufs- und Standesinteressen und in Verteidigung der verfassungsmäßig gewährleisteten Gleichberechtigung aller Staatsbürger, sowie des Rechtes der freien Meinungsäußerung mit allen gesetzlichen Mitteln in ruhiger Ausdauer der Kampf gegen die Weiterentwicklung einer Rechtsprechung, welche nach und nach auf Grund unklarer und bedenklicher gesetzlicher Bestimmungen gegen die deutsche Presse eine vielfältige Ausnahme-Verletzung schafft, wie eine solche anderen Berufsständen und Staatsbürgern gegenüber nicht besteht und nicht angestrebt wird, fortzusetzen.

Dahms („Berliner Presse“) empfiehlt, gegen diese Ausnahme-gesetze eine Petition an den deutschen Reichstag zu richten.

Die Anträge der Herren Monsignore Anab und Dahms wurden sodann in namentlicher Abstimmung einhellig angenommen. Hans Rastner (München) empfiehlt hierauf namens des Münchener Journalisten- und Schriftsteller-Vereins folgenden Antrag: Jeder Versuch, die Presse zum Gegenstande förmlicher Maßnahmen zu machen, ist sowohl im Hinblick auf die Notwendigkeit der Wahrung ihrer Freiheit, als auch im Interesse des Volkes, dem ein unentbehrliches Bildungs- und Verkehrsmittel nicht verweigert werden darf, und nicht zuletzt mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Existenzbedingungen der Journalisten energig zurückzuweisen.

Die agrarischen Angriffe gegen die Bromberger Staatsmühlen werden jetzt von der Generaldirektion der Seehandlungsgesellschaft als „völlig unwichtig“ zurückgewiesen. Abschlässe über Wechsellieferungen seien nur in geringeren Mengen und auf kürzere Fristen getroffen worden, und zwar immer nur soweit, als die Mühlen bereits mit Getreide versehen sind. Von verbotenen „börsenmäßigen Termingeschäften“ könne vollends keine Rede sein. Wir sind begierig, was Herr Klapper und die „Deutsche Tageszeitung“ nun als nächste Frage an die Regierung ausdenken werden. Denn sie ländigen bereits an, daß sie auf die Angelegenheit noch zurückzukommen gedenken.

Wieder ein national-sozialer Mißerfolg. Die „Mitteldeutsche Morgenzeitung“ in Verbund, die einige Zeit Pastor Köhsche redigirte, der wegen Stimm-Stränkung gemahnt wurde, ist eingegangen.

Erfurt, 2. Juni. (Privatdepesche.) In der heutigen Sitzung der Stadtverordneten kam es zu einer heftigen Debatte über die Verhältnisse in der vorigen Woche. Der Oberbürgermeister beschränkte mit Pathos die Sozialdemokratie, die seit Jahren hege und die Jugend verderbe; nicht sei, wie die „Tribüne“ gelagt, die Polizei schuld an den Verhältnissen. Stadtverordneter Möller (kein Sozialdemokrat) und andere widersprechen dem Oberbürgermeister lebhaft und beschuldigen mehr oder weniger die Polizei; die Sozialdemokraten seien bei Massenversammlungen nur ein Ordnung.

München, 1. Juni. Im Gesamtausschuss der Kammer der Abgeordneten kamen heute die Militärbeiträge zur Verhandlung. Dabei stellte der Referent, Abgeordneter Kessler (Z.) eine Anfrage nach der Thätigkeit des achten ständigen Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, in welchem Bayern den Vorsitz führt, und bemerkte, es befände die Meinung, daß dieser Ausschuss nur auf dem Papier stehe. Bayern möge im Bundesrat auf die größte Sparbarkeit hinwirken, um ein weiteres Anwachsen der Militärbeiträge zu verhindern. Staatsminister Freiherr v. Nibel erwiderte, über die Thätigkeit des achten Bundesratsausschusses werde wohl der Minister des Auswärtigen im Plenum Mitteilung machen. Er selbst könne übrigens konstatieren, daß Bayern von der Reichsregierung stets in der loyalsten Weise über die auswärtigen

Angelegenheiten in Kenntniß gesetzt werde. Ob dies in einem Kundgebung oder in anderer Form geschehe, sei nebensächlich. Das Anwachsen der Militärbeiträge bedeute für die einzelnen Staaten keine Mehrbelastung, da den höheren Militärbeiträgen höhere Ueberweisungen gegenüberstehen. Mit der Reichs-Finanzreform, die man im Auge behalte, werde bezweckt, Militärbeiträge und Ueberweisungen auf gleicher Höhe zu halten. Auf Sparsamkeit würde die bayerische Regierung stets hin.

München, 2. Juni. Die Kammer der Reichsräte berieht heute die von der Kammer der Abgeordneten bereits angenommene Regierungsvorlage, nach welcher die alte Münchener Leib-Regiments-Kaserne am Hofgarten, welche seit Jahren leer steht, für Zwecke des Katasterbüros umgebaut werden soll. Der Reichsratsausschuss beantragt die Genehmigung. Im Plenum wurden jedoch Einwände erhoben, da man an dem Plage der alten Kasernen einen dem nahen Residenzschloß würdigen Monumentalbau wünscht. Der Finanzminister Freiherr von Nibel wandte sich in längerer lebhafter Rede gegen die erhobenen Einwände, betonte die Dringlichkeit der Annahme der Regierungsvorlage und bat, ihm die Führung seines Amtes nicht durch die Ablehnung zu erschweren. Trotzdem wurde die Regierungsvorlage abgelehnt; auch die Mehrzahl der anwesenden Prinzen stimmte gegen die Vorlage.

München, 2. Juni. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten stand der Militär-Etat zur Verhandlung. Gegenüber verschiedenen Anträgen erklärte der Kriegsminister Freiherr v. Nibel, der Militär-Strafprozess sei eine durch die gesetzgebenden Faktoren festgelegte vollendete Thatsache, ohne sei nur noch die Frage des Obersten Gerichtshofes. Es sei bekannt, daß über diese Frage Meinungsverschiedenheiten bestehen; wenn diese ausgeglichen werden sollen, müßten darüber Verhandlungen gepflogen werden. Das sei der gegenwärtige Standpunkt. Um zur geordneten Austragung eine Grundlage zu gewinnen, ständen der Kaiser und der Prinzregent in Unterhandlung.

Ungarn.

Budapest, 1. Juni. Das Abgeordnetenhause hielt heute eine formelle Sitzung ab. Finanzminister Lucas legte dem Hause einen Gesetzentwurf über die Verlängerung der Gültigkeit der Gesetze betreffend die Branntwein- und die Zuckersteuer für die Zeit vor, für welche das Ausgleichsprovisorium Gültigkeit hat.

Schweiz.

Genf, 30. Mai. (Fig. Ver.) Die Italiener in der Schweiz und die Verlegung des Asylrechts. Die Auslieferung der italienischen Arbeiter an das italienische Militär durch die Tessiner Kantonsbehörden hat in der schweizerischen Presse aller Parteien eine lebhaft Diskussion hervorgerufen und die Arbeiter aller Nationen, insbesondere die Sozialisten, nehmen sich mit Eifer der Sache an. Die Maßnahme der Tessiner Regierung ist ein Verstoß an dem Prinzip des Asylrechts selbst. Die „Valeter Nachrichten“ schreiben darüber: „Von dem Asylrecht werden jene geschützt, die bereits ein Vergehen gegen die Gesetze eines anderen Landes sich zu schulden haben kommen lassen. Die italienischen Arbeiter hatten irgend ein Unrecht noch gar nicht begangen, weder in ihrem Heimlande, noch in der Schweiz, sie hatten nur die Absicht, sich der Revolution anzuschließen.“

Hätten sie sich gegen die Sicherheit unseres Landes vergangen, so hätte man sie wohl ausweisen können, aber nach der Praxis hätten sie auch dann das Recht gehabt, sich den Ort, an dem sie die Schweiz zu verlassen gedenken, selbst zu wählen.“

Man muß sich erinnern, daß die Schweiz, so sehr sie auch eine demokratische Verfassung sich gegeben hat, schließlich doch nur eine bürgerliche Republik ist, die geleitet wird von einer Oligarchie der mittleren und hohen Bourgeoisie. Diese sympathisirt mit der Kapitalistenklasse anderer Länder. So hat auch diesmal die Bundesregierung dem Druck der italienischen Regierung nachgegeben. Viele dieser Ausgelieferten werden Jahre lange Gefängnisstrafen oder doch Zwangsdomizil erhalten. Damit noch nicht genug, scheint man der italienischen Regierung noch weiter nachgeben zu wollen, indem man die italienischen Forderungen auszuweichen beabsichtigt. Vom Großen Rath des Kantons Genf ist der Bericht, die bekanntesten der italienischen Propagandisten, die sich hier anstellen, auszuweisen, bereits gemacht worden. Die Sozialisten und Radikalen haben dieses Attentat für diebald abzuwickeln vermocht. In Genf wie in Zürich entfalten die Grünvereine und die sozialistischen Klubs eine energische Agitation gegen die Verlegung des Asylrechts und in der allerhöchsten Zeit wird sich ja der Bundesrat zur Sache zu äußern haben.

Genf, 31. Mai. (Fig. Ver.) Eine heute Abend hier abgehaltene Versammlung, einberufen von der sozialistischen Partei, nahm nach Ansprachen des sozialistischen Kantonsraths-Mitgliedes Triquet und des tessinischen Sozialisten Vertoni eine energische Protestresolution gegen den Bundesrat wegen seiner Maßnahmen gegen die italienischen Arbeiter an.

Zürich, 1. Juni. (Fig. Ver.) Im Kanton Thurgau haben vor einigen Jahren die Grün- und Arbeitervereine die Frage der unentgeltlichen Beeridigung angeknüpft und durch Eingabe an die Regierung den Erlass eines bezüglichen Gesetzes verlangt. Die Regierung nahm daraufhin Erhebungen vor, indem sie die Gemeinde-, Bezirks- und Armenbehörden, sowie Vereine zur Meinungsäußerung einlud, welche dann im allgemeinen zu Gunsten der unentgeltlichen Beeridigung ausfiel. Ein von der Regierung ausgearbeiteter Gesetz-Entwurf erhielt vor einigen Tagen die Zustimmung des Kantonsrathes, trotzdem der katholisch-fromme Finanzminister opponirte und durch die ausgemalte Gefahr einer Staatssteuer-Erhöhung die Abgeordneten lospöckeln zu machen suchte. Die jährlichen Ausgaben, welche der Staat hierfür voranschätzte, zu leisten haben wird, sind nämlich auf 60 000 bis 70 000 Fr. veranschlagt. Es ist bemerkenswerth, daß gerade die katholischen Politiker jeder sozialen Gesetzgebung heftig opponiren. Sie beweisen damit eine Gesinnung, wie sie Stumm besitzt und die auf Almosen statt auf Recht hinausläuft.

Basel, 1. Juni. (Fig. Ver.) Während im Kanton Zürich die Regierung fast mit Ueberzeugung für die staatliche Mobilitätsversicherung eingetreten ist und der Kantonsrath mit Zweidrittelmehrheit sich dafür erklärte, lehnte unser Großer Rath den bezüglichen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der vom Genossen Müller-Ott begründet wurde, mit 50 gegen 14 Stimmen ab.

Frankreich.

Paris, 2. Juni. Bei der heute zum zweiten Mal vorgenommenen Präsidentenwahl in der Kammer wurde Deschanel mit 282 Stimmen gewählt. Derselben erhielt 278 Stimmen. Zwei von den 682 abgegebenen Stimmzetteln waren unglücklich.

Deschanel nimmt auf dem Präsidentensitz Platz und spricht einige Worte des Dankes für seine Wahl, welche mit Beifall im Centrum und mit einigen Protestschreien auf der äußersten Linken aufgenommen werden. Die nächste Sitzung findet Montag statt.

England.

Aus Gibraltar, der wichtigsten englischen Kolonie an der Südspitze Spaniens, wird über Madrid gemeldet, daß aus einer Volksmenge gegen den englischen General Richardson, den Oberbefehlshaber der Garnison von Gibraltar, Steine geschleudert wurden, als er mit einem anderen Manne in San Roque spazieren ging. Die Ueberzeugung der spanischen Bevölkerung gegen England, wegen dessen Sympathie für die Vereinigten Staaten, ist noch immer in Steigen begriffen, was die Lage der Spanier zu bessern wenig geeignet ist.

Norwegen.

Christiania, 1. Juni. Der Storting nahm heute Abend eine Verfassungsänderung an, nach welcher die Stortingssitzungen bis Ende September beendet sein müssen. Der Storting tritt fünfzigjährig am 10. Oktober zusammen; das Budgetjahr beginnt am 1. April.

Im Hoeredsausschuss soll Stimmung dafür vorhanden sein, die Bewilligung von 16 Millionen Kronen zu Extraordinarien für das Kriegsbudget zu empfehlen.

Russland.

Petersburg, 2. Juni. Nach einem Telegramm der „Petersburgerischen Wjesdomosti“ nahm der Kongress der Landwirthe des Orel-Gebietes folgende Resolution an: Da aus dem Berichte des Kongressmitgliedes Sinowjew zu erhellen ist, daß das Hauptübel, an welchem die Landwirtschaft gegenwärtig leidet, Geldmangel ist, der dadurch verursacht wird, daß die Staatsmittel vornehmlich zur künstlichen Entwidlung der Industrie auf Kosten der Landwirtschaft verwendet werden und daß die Fürsorge und Geldhilfe, welche die Regierung der Industrie und Landwirtschaft erweist, im umgekehrten Verhältnisse zu den Personen stehen, welche an der Industrie resp. der Landwirtschaft interessiert sind, beschließt der Kongress, die Aufmerksamkeit des Ackerbau-Ministers ersuchend auf die Nothwendigkeit zu lenken, die Fürsorge der Regierung zur Beschaffung von Geldmitteln der Landwirtschaft zuzuwenden und zweitens auf die Nothwendigkeit einer Erweiterung des landwirtschaftlichen Kredites in allen seinen Formen.

Serbien.

Belgrad, 1. Juni. In dem Prozesse gegen Paschitsch wegen Verleumdung des Königs Milan wurde der Angeklagte zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Wird dem Ansehen des Thron-Milan auch nicht viel nügen.

Bulgarien.

Aufhebung der Getreidezölle in Bulgarien. Wie aus Sophia berichtet wird, ist durch Erlass des Finanzministers das auf dem Wege der Zollämter in Kioschparnawo und Rischidil (Grenz-einrichtungen aus Mazedonien) eingeführte Getreide bis 1. (18.) Juli l. J. von der Entrichtung des Eingangszolles befreit.

Türkei.

Konstantinopel, 2. Juni. Die Porte hat auf die russische Note betreffend die Rückstände der Kriegsschuldigung gestern geantwortet, daß sie sich verpflichte, 300 000 Pfund sofort und den Rest in drei Jahresraten zu 300 000 Pfund zu bezahlen.

Amerika.

Valparaiso, 1. Juni. Der chilenische Kongress wurde gestern durch eine Botschaft des Präsidenten eröffnet; der Präsident sprach die Erwartung aus, daß die Grenzfrage mit Argentinien bald gelöst werden möge; Schiedsrichter würden im Monat August die Grenze im allgemeinen festlegen. Die Ausgaben des nächsten Jahres werden auf 76 Millionen Dollars, die Einnahmen auf 53 Millionen Dollars geschätzt. Unter den angeklagten Vorlagen befindet sich ein Gesetzentwurf betreffend die Besteuerung fremder Versicherungs-Gesellschaften, des Tabaks und des Alkohols.

Partei-Nachrichten.

Bei der Gemeinderathswahl in dem Dorfe Mähleheim bei Offenbach am Main stieg die acht Kandidaten der Arbeiterpartei. Sie erhielten 327-421 Stimmen. Von 689 Wahlberechtigten haben 689 ihr Stimmrecht ausgeübt.

Tobtenkische der Partei. In Braunschweig ist der Former und nachherige Händler Karl Simstedt aus dem Leben geschieden. Er war lange Jahre Mitglied der Partei und hat auch unterm Sozialistengesetz seinen Mann gestanden. Dem Zentral-Verein der deutschen Former ist er ebenfalls stets treu geblieben.

Volkeiliches, Gerichtliches etc.

Der Redakteur des „Volkblattes für Gotha“, Genosse Joss, war wegen Veröffentlichung eines Gedichts, betitelt: „Der Hahn und der Godel“, vom Schöffengericht in Gotha der Verleumdung des Schuldirektors Vostel in Ruhl schuldig erklärt und zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Das Landgericht hat jetzt dies Urteil bestätigt.

Das Landgericht in Dresden verurtheilte als Berufungsinstanz den Parteigenossen Bräuner aus Deuben wegen „groben Unfugs“ zu 15 Tagen Haft, zu derselben Strafe, auf die schon das Schöffengericht erkannt hatte. Bräuner soll an dem Boykott des Wegener'schen Gasthauses in Deuben insofern theilgenommen haben, als er Boykottzettel mittelst der Post an die Geschäftsleute verschickt hätte. Das Gericht erblickte den Beweis hierfür darin, daß ein bei Bräuner vorgefundenes beschriftetes Konvert dieselben Schriftzüge wie die zur Versendung der Boykottzettel benutzten Konverts aufwies, ferner sei Bräuner als energischer Sozialdemokrat bekannt und somit die Sache „völlig aufgeklärt“. Ein Antrag des Verteidigers auf erneute Beweiserhebung wurde zurückgewiesen.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Oesterreichs.

Sing, 31. Mai.

Dritter Verhandlungstag.

Die Dienstag-Sitzung war eine vertrauliche. Sie war der ausführlichen Erörterung der inneren finanziellen Verhältnisse der Parteipresse, insbesondere der „Arbeiter-Zeitung“, gewidmet. Es ergab sich, daß die „Arbeiter-Zeitung“ im letzten Jahre einen ganz wesentlichen Fortschritt in Bezug auf die Verbreitung und auf ihre finanzielle Lage erzielt habe, daß aber erst die Aufhebung des Zeitungspostens ihr ermöglichen werde, allen berechtigten Wünschen der Genossen auf Reichhaltigkeit des Inhalts und Umfangs zu genügen. Sodann wurde in eine ausführliche Diskussion über die Parteisteuer eingetreten, die auch die Nachmittags-Sitzung vollständig in Anspruch nahm. Eine Personenanfrage der Wiener Organisation wurde nach dem Berichte der zur Schlichtung dieser Sache eingesetzten Kommission erledigt.

Morgen Abend werden die Verhandlungen des Parteitages vorläufig geschlossen werden.

Die nunmehr vorliegende Präsenzliste weist die Anwesenheit von 128 Delegirten, darunter 118 mit Stimmrecht, auf.

Der evangelisch-soziale Kongress.

Ist augenblicklich in Berlin zu seiner diesjährigen Tagung zusammengekommen. Es ist dies jene Vereinigung von evangelischen Sozialpolitikern, die vor etwa neun Jahren aus der Eßdorfer christlich-sozialen Partei hervorging. Damals war die Sozialpolitik in die Mode gekommen, und besonders zahlreiche evangelische Geistliche schloßen sich demselben an, der Lösung der sozialen Aufgaben der Gegenwart mitzuwirken. Mittlerweile ist die Sozialpolitik wieder unmoder geworden, auch hat der Kaiser irgend Jemandem telegraphirt: „Christlich-sozial ist Unsinn!“ Seitdem trankt der Verein an der Mittellieberschwandstraße, und der Generalsekretär mußte heute mittheilen, daß die Mitgliederzahl seit vorigem Jahr um ca. 200 zurückgegangen sei.

Den ganzen Gang der Verhandlungen zu schildern, erübrigt sich für unsere Leser. Doch wollen wir nachstehend über einen recht interessanten Vortrag etwas ausführlicher berichten, den der Professor Stieba aus Leipzig über die Frage der Arbeiterorganisationen hielt. Er erinnerte daran, daß nach der kaiserlichen Botschaft des Jahres 1881 und den Erlassen vom 4. Februar 1894 die sozialpolitische Weiterentwicklung neuerdings ins Stocken gerathen sei. Er hoffe jedoch trotzdem auf eine baldige Wiederaufnahme der sozialpolitischen Arbeiten, da dies auf die Dauer nicht zu umgehen sei. Die kaiserlichen Erlasse hätten angedeutet, daß man bei allem, was für die Arbeiter geschehen solle, diese selbst hören müsse. Dem sei l. J. die Verwirklichung auf dem Fuße gefolgt, indem gesetzlich die Arbeiter-Ausschüsse geregelt worden seien. Solche Arbeiter-Ausschüsse könnten zweifellos als vernünftiges Organ zwischen den verschiedenen Interessen der Unternehmer und Arbeiter dienen und auf beiden Seiten die Schärfen mildern. Trotzdem habe der Redner die günstigste Auffassung der Arbeiter-Ausschüsse unter den deutschen Nationalökonomern für zu einseitig gehalten. Die Unternehmer zeigen Abneigung gegen die Ausschüsse, die Arbeiter Gleichgültigkeit und Mißtrauen. Wo sie bestehen, verfallen sie einer ruhmsüchtigen Vergessenheit. Man komme in den Ausschüssen selten über eine platonische Behandlung der Arbeiterverhältnisse hinaus. Denn der Unternehmer sei eben durch nichts gehalten, die angeregten Verbesserungen auch durch-

zuführen. Die Ausschüsse seien z. B. bei Fragen der Lohnregulierung so gut wie ohnmächtig.

Die Arbeiter mühten sich daher, um wirklich in die Gestaltung ihrer Verhältnisse eingreifen zu können, in Vereine zusammenzufassen. Die Arbeitervereine leiden aber unter einer bedauerlichen Wertlosigkeit. Die ausschließliche im Interesse der Arbeiter liegende Tätigkeit der Arbeitervereine ist die Sicherung der Rechtsstellung zu erhöhen. Der Grundgedanke aller Vereine ist, daß die Gewerkschaften und dergleichen keine Institution des Friedens, sondern Kampforganisationen seien. Man fürchte, daß ihre Rechtsförderung der Sozialdemokratie dienen würde. Keine Friedensinstitutionen seien die Gewerkschaften allerdings nicht. In einem gewissen Gegensatz stehen nur einmal Unternehmern und Arbeiter; freiwillig verzichte das Kapital auf einen bisherigen Gewinn nicht. Deswegen seien Kollisionen unvermeidlich. Das Gewerbe aber nicht die ewige Angst vor den Gewerkschaften, denn es sei anzunehmen, daß die politische Organisation der Arbeiter in demselben Maße zurückgehen werde, wie sich die Arbeiter in Fachverbänden zusammenschließen.

Endlich hielt der Vortragende die staatliche Errichtung von Arbeiterkammern für sehr wünschenswert. Ebenso wie der Handel, die Landwirtschaft, das Handwerk, sollten auch die Arbeiter ihre legale Vertretung haben. Es handelte sich hierbei garnicht um eine Institution, die ausschließlich im Interesse der Arbeiter liege, weil es auch für die Regierung und für die übrigen Gesellschaftsklassen wünschenswert sei, die Ansichten der Arbeiter über Gesetzesvor schläge oder dergleichen kennen zu lernen.

Nach diesem Vortrage, der vieles Nützliche mit einigen Fälschen und Schlechten gemischt enthielt, sprach der National-Soziale Tischendorf ebenfalls zu Gunsten der Arbeiterorganisationen. Sehr krauses Zeug brachte dagegen der Prof. Hans Delbrück, der Herausgeber der „Preuss. Jahrbücher“, zu Tage. Nach ihm bilde das Bestehen der Gewerkschaften eine ungeheure Gefahr für die Industrie, weil dies Bestehen den Anreiz zu allerlei Machtpöben biete. In wie vielen Fällen die Arbeiterorganisationen den Ausdruck von Streiks verhindern, überließ der Herr Professor. Trotzdem will er aber den Arbeitern das Recht, sich zu vereinigen, nicht nehmen, weil dies doch einmal in den modernen bürgerlichen Freiheiten gehöre. Dagegen würde Herr Delbrück, um die Streikvereine etwas an den Fingern zu nehmen, einen Sparzettel der Arbeiter für vortheilhaft halten, und zwar sollte bei Ausbruch eines Streiks das Gewerbegericht zu prüfen haben, ob der Streik gerecht oder ungerecht ist; wird er für ungerecht befunden, dann sollen die Auszahlungen aus den Sparbüchern für gesperrt erklärt und die Arbeiter dadurch der Mittel zur Durchführung ihres Streiks beraubt werden. — Was ein deutscher Professor doch alles ausdenken kann!

Der 13. ordentliche Verbandstag der deutschen Gewerksvereine.

Magdeburg, den 1. Juni 1898.

Am den Vortrag von Pisch-Verein schloß sich ein Korreferat von Schenl-Mannheim, das indeß mit den Grundgedanken des ersten Meduers übereinstimmte.

An der Besprechung beteiligten sich u. a. Frau Sanitätsrath Dr. Schwerin. Sie hält den Ausschluß der verheiratheten Frauen von der Lohnarbeit unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen für nicht durchführbar, befürwortet dringend die Frauenorganisation und betont im Gegensatz zu den Referenten und verschiedenen Diskussionsrednern, daß die Organisation in reinen Frauenvereinen nur die Zwischenstufe darzustellen habe, das Vollkommenere seien die gemischten Vereinigungen (Männer und Frauen).

Regierungs- und Gewerbe-Rath Hirsch-Magdeburg wandte sich gegen verschiedene Punkte der Resolution. Unsere wirtschaftlichen Verhältnisse tranken vielfach davon, daß der jugendliche Arbeiter nicht zu wenig, sondern zu viel verdiene. Dadurch steigerten sich naturgemäß die Ansprüche. Er halte es für bedenklich, verheirathete Frauen gesetzlich von der Erwerbsthätigkeit auszuschließen. Mit einem solchen Vorworte in die Debatte zu treten, sei gewagt. Die Herabsetzung der Arbeitszeit weiblicher bzw. jugendlicher Arbeiter von 16—18 Jahren auf täglich etwa sechs Stunden erscheint erzwungen, so lange es an Einrichtungen fehle, die die Jugend in der übrigen Tageszeit angemessen beschäftigen. Auch bezüglich der weiblichen Fabrikinspektion könne er den Standpunkt der Resolution nicht theilen. Es handle sich hierbei hauptsächlich um die in den Vordergrund gehobene Sittlichkeitsfrage. In den meisten Fällen seien aber die hier in betracht kommenden sittlichen Vergehen nicht unter das Gewerbe-, sondern unter das Strafrecht, mit dem Gewerbegesetz seien solche Vergehen nicht zu fassen, wie es aus seiner amtlichen Thätigkeit vielfach konstatiren könne. Man solle lieber darauf hinarbeiten, daß die lex Helze bald Gesetz werde.

Dr. Franke-Berlin, der Redakteur der „Sozialen Praxis“, hebt die Hindernisse hervor, die zur Zeit der Organisation der Frauen noch im Wege stehen, und erklärt für die Hauptforderungen einer durchgreifenden Organisation die volle Vereins- und Versammlungsfreiheit und die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine. Verschiedene Bestimmungen des § 154 der Gewerbe-Ordnungs-Novelle, die gerade heute vor 7 Jahren Gesetz geworden sei, harten noch immer der Ausführung. — Auch Frau Sanitätsrath Dr. Schwerin greift nochmals in die Debatte ein und hält es für durchaus notwendig, daß der Gewerbeverein die Frauen nicht nur dulden, sondern heranziehen solle. In England habe sich selbst die Regierung der Ansicht nicht verschließen können, daß die Einweisung weiblicher Fabrikinspektoren eine Nothwendigkeit sei. — Bei der hierauf vorgenommenen Abstimmung wurde die Resolution Pisch angenommen, jedoch unter Streichung des Passus, der sich auf die Abschaffung der Lohnarbeit verheiratheter Frauen und auf Gründung reiner Frauen-Organisationen bezieht. Gleichzeitig angenommen wurde folgender, von Dr. Max Hirsch gestellter Zusatzantrag:

Der Verbandstag beschließt, bei den gesetzgebenden Körperschaften um gründliche Umgestaltung der Gewerbe-Ordnung gemäß der wesentlichen Grundzüge der Gewerbe-Ordnung zu petitioniren und mit der Ausarbeitung dieser Petition den Zentralrat zu betrauen.

Der letzte Punkt der Verhandlungsgegenstände, die sich mit prinzipiellen Fragen des Verbandes der deutschen Gewerksvereine beschäftigten, betraf die Frage: Wie stellen sich die deutschen Gewerksvereine zu Arbeitsverhältnissen? Das Referat hielt Dr. Max Hirsch. Die Ausführungen gipfelten in folgendem Beschlußantrage:

Unter Bestätigung der vom Danziger Verbandstage einstimmig angenommenen Leitsätze über die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse beschließt der 13. Verbandstag: 1. eine Petition bei dem neuen Reichstage um Abänderung des Gewerbegerichts-Gesetzes einzubringen in der Richtung, daß die Gewerbegerichte für alle Orte bzw. Bezirke mit entwickeltem Gewerbebetriebe obligatorisch eingeführt und verpflichtet werden, auch ohne Berufung der Parteien bei jeder größeren Arbeitsdifferenz Einigungsversuche zu machen. 2. Den Gewerks- und Ortsvereinen dringend zu empfehlen, daß sie bezüglich aller Arbeitsdifferenzen einen festen, selbständigen Kurs einhalten, darin äpfelnd, daß die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse thätig und ausdauernd erstrebt, hierzu aber unter allen Umständen zuerst der Weg der Verständigung und Einigung beschreiten, und erst bei Erfolglosigkeit aller friedlichen Versuche und bei Vorhandensein günstiger Aussichten und genügender Mittel in den Ausstand getreten wird. In dieser Weise hat unsere Organisation auch bei der Theilnahme mit andern oder nicht organisierten Arbeitern zu handeln und sich niemals willens zu lassen. Dem Generalkath ist sofort bei jeder auftretenden Differenz wahrheitsgemäße und genaue Mittheilung zu machen und der Rath bzw. die Anweisung desselben einzuholen und streng zu befolgen.

In der Besprechung bedauert Stadtverordneter Sombart-Magdeburg, daß nicht mehr Stadtvertreter oder Regierungsbeamte den Verhandlungen beiwohnten; da mancher vom grünen Tisch viel

hätte lernen können. Ohne Stellungnahme zur Streikfrage würden auch die Gewerksvereine die Dauer nicht bestehen können, da eine weit verbreitete Mißstimmung zwischen Arbeitgeber und Arbeitern vorhanden sei. Von größter Bedeutung sei nun, langsam von unten zu reformiren und mit der Schule zu beginnen, damit dem Kinde ein richtiger Begriff vom wirklichen Leben werde, um eventuell einen Ausstand beurtheilen zu können. Es müsse fortgearbeitet werden auf dem Wege friedlicher Verständigung, dann werde man zur endlichen Beseitigung freiwilliger Streiks gelangen. Nach weiterer lebhafter Debatte wurde die Resolution Hirsch angenommen. Damit waren die prinzipiellen Fragen des Verbandes erledigt, da die noch in der Tagesordnung vorgezeichneten Anträge lediglich interner Natur waren.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Lohnbewegungen der Bauhandwerker. Aus Halle a. S. wird uns über den Stand des Maurerstreiks berichtet: Ueber die Bauten der Maurermeister Schäge, Hofmann und der Baumunternehmer Hering, Straube, Schotenfad und Kaufmann ist die Sperre verhängt worden, weil die Herren den Stundenlohn von 45 Pf. nicht bewilligten. Infolge des gestrigen Beschlusses haben heute ca. 50 Maurer die Arbeit nicht wieder aufgenommen. 32 Unternehmer haben den verlangten Lohn bereits bewilligt. Die Aussichten für die Streikenden sind günstig. — Der Bremer Maurerstreik ist, nachdem die Meister eingewilligt, eine Abschlusssatzung in der Höhe des verdienten Lohnes jeden Samstag auszuzahlen, und ferner das Versprechen abgegeben haben, Maßregelungen nicht vornehmen zu wollen, von den Arbeitern für aufgehoben erklärt worden. — Die Stuttgarter Meister geben sich die größte Mühe, ihren Verband hoch zu bringen. Sie versenden Zirkulare an alle Meister der umliegenden Orte, um sie zum Beitritt zu bewegen. Beabsichtigt ist, einen allgemeinen Arbeitgeberverband für Süddeutschland zu gründen, um wieder Ruhe in das Geschäft zu bringen. Die Hauptthätigkeit des neuen Verbandes dürfte natürlich auf dem Gebiete der schwarzen Listen liegen. Kämpfe nach dieser Richtung hin werden, wie die „Schwäb. Tagblatt“ mittheilt, schon jetzt gemacht.

Der Breslauer Schmiedestreik ist jetzt, nach dreiwöchentlichem Dauer, vollständig beendet, nachdem bereits am 17. Mai die Mehrzahl der Schmiedemeister die Hauptforderungen bewilligt hatten, jedoch seit jener Zeit nur noch in einzelnen Werkstätten gestreikt wurde.

Den Bremer Schmieden sind von den Meistern folgende Forderungen bewilligt worden: Zehnstündige Arbeitszeit, 18 M. Mindestlohn; Ueberstunden werden mit 50 Pf. vergütet; Kost und Logis außer dem Hause der Arbeitgeber; ein Arbeitsreglement in den von den Schmieden benutzten Herbergen auszuhängen. Der Arbeitsnachweis bleibt in der bisherigen Form bestehen. Somit wären die Differenzen als zu Gunsten der Gesellen erledigt anzusehen.

Die Brauergesellen von Hagen haben den Unternehmern folgende Forderungen unterbreitet: Zehnstündige Arbeitszeit, Festsetzung eines Lohnes von 24 M. pro Woche, nach halbjähriger Arbeitsdauer 25 und nach einjähriger 26 M. Wohnungsgeldzuschuß für außerhalb der Brauerei Wohnende, bzw. gesunde, luftige Schlafzimmerräume nebst guter Wassereinrichtung für die in der Brauerei wohnenden Brauer. Ferner freies Koalitionsrecht, Freigabe des 1. Mal. Die Unternehmer haben einzelne Punkte bewilligt, andere abgelehnt. Die Verhandlungen werden noch weiter fortgesetzt.

Die Geraer Glasergesellen haben in ihrer Mehrzahl nach abgelaufener Kündigungsfrist die Arbeit niedergelegt, weil die Meister ihre Forderungen rundweg ablehnten. Die Gesellen hatten die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit unter Verbeibehaltung von neun Stunden an den Montagen; 1/2stündige Frühstücks- und 1/4stündige Mittagspause; gänzliche Beseitigung der Alfordarbeit und mögliche Einschränkung der Ueberstunden; bei dringenden Arbeiten für jede Ueberstunde 5 Pf. Lohnzuschlag; 10 prozentige Lohnverhöhung und Auszahlung des Lohnes vor Schluß der Arbeitszeit verlangt.

Der „Grobe Aufzug“ Paragraph ist wieder einmal gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter ausgespielt worden. In Gotha wurden zehn Tischler wegen Postensiehens beim letzten Streik mit Strafmandaten bedacht. Gerichtlicher Entscheid ist beantragt.

Ein Rekrutenstreik, der am Pfingstabend in einem großen Etablissement der Wiener Ausstellung zum Ausbruch kam, endete mit einem vollständigen Siege der Streikenden. An dem Streik beteiligten sich 78 Reservisten, während sich die Zahl der Streikenden, z. B. nicht beteiligten. Die Streikenden stellten folgende Forderungen: Aufbesserung des Monatsgehalts um 5 fl., jedoch der Schanksteuer 30 fl., der Speisesteuer 35 fl. zu erhalten hat; Wiedereinstellung der Streikenden; Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden; Entlassung der drei Streikbrecher. Die erste Forderung wurde nur für die Monate Juni und Juli, die übrigen Forderungen vollinhaltlich bewilligt.

Ausland.

Die Baumwollweber in Horjens (Lithauen) sind, wie aus Kopenhagen telegraphirt wird, in Ausstand getreten. Der Präsident des Verbandes der Textilarbeiter in Dänemark erfuhr die deutschen Arbeiter, Zugang nach dem Orte des Ausstandes unbedingt fernzuhalten.

Sämmtliche Arbeiterblätter werden um Weiterverbreitung des obigen erucht.

Soziales.

Die Todesursachen der 1896 in Preußen Gestorbenen. Bezüglich der Häufigkeit einzelner wichtiger Todesursachen in Preußen sind für das Jahr 1896 unter den 686 677 Gestorbenen 8 Todesfälle an Pocken hervorzuheben; davon betrafen 3 das männliche und 5 das weibliche Geschlecht. Unter diesen Gestorbenen waren 1 Knabe und 3 Mädchen weniger als 15 Jahre alt; die übrigen Todesfälle an Pocken kamen vereinzelt in den höheren Altersklassen vor.

Es starben 1896 ferner von 10 000 Einwohnern an Scharlach 2,16, an den Mästen und Röteln 3,17, an Diphtherie und Group 7,60, an Keuchhusten 4,65, an Typhus 1,25, an Ruhr 0,24, an einheimischen Brechdurchfall 5,74, an Diarrhöe (der Kinder) 5,91, an akutem Gelenkrheumatismus 0,50, an den Stropheln und der englischen Krankheit 1,02, an Tuberkulose 22,07, an Krebs 5,53, an Luftröhrenentzündung und Lungenkatarrh 5,88, an Lungen- und Brustfellentzündung 16,40, infolge Selbstmordes 2,04 und durch Verunglückung 3,11 Personen.

Endlich ist das Auftreten der Influenza zu erwähnen. Nachdem diese Krankheit in den beiden letzten Monaten des Jahres 1899 nach den Angaben der Standesbeamten 814, im Jahre 1890 9576 = 3,20, im Jahre 1891 8050 = 2,88, im Jahre 1892 sogar 15 011 = 5,29, im Jahre 1893 10 408 = 3,37, im Jahre 1894 7896 = 2,25 und 1895 6509 Personen = 2,03 von 10 000 Einwohnern dahingerafft hat, sind im Jahre 1896 8559 Personen = 1,12 erlegen. Von diesen Todesfällen sind 668 in 114 Orten mit mehr als 20 000 Einwohnern vorgekommen.

Arbeiter-Mißo. In der Braunkohlengrube „Victoria“ bei Groß-Mähren in der Mark Brandenburg wurden am Sonnabend 14 Arbeiter verunglückt. Beide kamen ums Leben.

Der Verein deutscher Strafanstaltsbeamten hat auf seiner letzten Jahresversammlung, die vom 24. bis 27. Mai in Darmstadt tagte, über die Grundzüge verhandelt, die der Bundesrath am 28. Oktober v. J. über den Vollzug von gerichtlich ausgesprochenen Freiheitsstrafen provisorisch aufgestellt hat. Der Verein beschloß u. a. folgende Abänderungsvorschläge zu machen: Festsetzung soll in Anstalten verhängt werden, wo andere Arten von Freiheitsstrafen nicht vollzogen werden. Wenigstens in den größeren Anstalten sollen Einrichtungen getroffen werden, die die Trennung der Gefangenen auch im Falle der Krankheit

ermöglichen. Den des Unterrichts bedürftigen jugendlichen und Gefängnissträflichen soll entsprechende Fürsorge zugewendet werden. In jeder Anstalt soll den Gefangenen täglich mindestens eine halbe Stunde Bewegung im Freien gestattet werden. Für minderjährige Gefangene beansprucht der Verein außer den üblichen Disziplinarmaßnahmen die in den Volksschulen zulässigen Zuchtmittel, nämlich die körperliche Züchtigung. Vor der Anwendung der schärfsten Disziplinarmaßnahmen gegen Gefangene (Schmälerung der Kost, Fesselung, einsame Einspernung) soll dem Arzt rechtzeitig Mittheilung gemacht werden, damit dieser seine Bedenken geltend machen kann. Die Befestigung der Strafanstalten durch die Aufsichtsbehörden soll jedes Jahr mindestens einmal gechehen. Strafgefangene sollen von Gefangenen gleicher Art immer getrennt werden. In Weiber-Strafanstalten sollen nur die Unterbeamtenstellen mit weiblichem Personal, die Oberleitung dagegen mit Männern besetzt werden.

Die Forderung, daß die Verhältnisse in den deutschen Gefängnissen sich verbessern, wenn der Verein der Strafanstaltsbeamten sich veranlaßt sieht, zu fordern, daß jedem Gefangenen täglich wenigstens eine halbe Stunde Bewegung im Freien gewährt werden soll! Eine halbe Stunde täglich ist namentlich bei längeren Freiheitsstrafen absolut unzureichend, um den Gefangenen vor Krankheit zu bewahren, democh giebt es Gefängnisse, wo nicht einmal eine so geringe Zeit zur Bewegung im Freien gewährt wird oder mangels an Beamtenpersonal und zweckentsprechenden Einrichtungen gewährt werden kann. Auch die Forderung, daß die Aufsichtsbehörde das Gefängnis wenigstens einmal im Jahre inspiziren soll, läßt die Verhältnisse des deutschen Gefängniswesens in sehr trübem Lichte erscheinen. Daß insbesondere das Beamtenpersonal fast durchweg überfordert ist und im Verhältnis zu dem geistig und körperlich höchst anstrengenden verantwortungsvollen Dienste sehr schlecht bezahlt wird, sei, als etwas Bekanntes, nur nebenbei erwähnt.

Die Freie Vereinigung der Kaufleute in Dresden hatte den Stadtrath daselbst ersucht, in den Käden die Befreiung von Sühngeldern für die Angelegten und eine Erweiterung der Sonntagsruhe derselben anzuordnen. Beides lehnte der Stadtrath ab. In dem betreffenden Schreiben, das vom Wohlfahrtsausschuß amtlich ausgestellt ist, heißt es in Beziehung auf den letzteren Punkt Wunsch der Freien Vereinigung: Die Einrichtung des Offenhaltens der Nahrungsmittel-Beräthe auf fünf Stunden einschließlich der drei ersten Feiertage zu Weisnachten, Ostern und Pfingsten, hat sich eingebürgert und bedürftig lediglich das vorhandene Bedürfnis. Sie ist daher unumkehrbar aufrecht zu erhalten, als von 12 Uhr mittags bis 6 oder 7 Uhr abends hinlänglich Zeit zur Erholung für die kaufmännischen Angestellten vorhanden sein dürfte.

Was sagen zu diesem Entscheid die deutschen Handelsangestellten? Spricht daraus etwa eine besondere Werthschätzung des kaufmännischen Personals, dessen größter Theil ja immer noch in dem Wahne lebt, daß die Handelsbesessenen ein „bedorngter Stand“ seien, oder zeugt der Entscheid nicht vielmehr von demselben künftigen Geist, der sich den Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse überall im Deutschen Reich auf Schritt und Tritt hemmend entgegenstellt?

Die Frage stellen, heißt sie beantworten. Die Handelsangestellten haben bei der Verbesserung ihrer Lage mit demselben Gegner — dem kapitalistischen Interesse — zu rechnen wie die Arbeiter. Ihn zu bekämpfen, reicht ihre Kraft nicht aus, sondern sie können der Hilfe der Sozialdemokratie nicht entzagen. Daß die Mehrzahl der Handelsangestellten dies noch nicht begriffen hat, ist eine der Ursachen, weshalb ihre wirtschaftliche Lage noch so außerordentlich unbedrückend und die Engagementsbedingungen vielfach noch so entwürdigend sind, daß kaum ein Fabrikant sie seinen Arbeitern bieten dürfte, ohne die sofortige Arbeitsniederlegung gewärtigen zu müssen.

Der Krieg.

Ueber die Natur der Seeschlacht vor Santiago de Cuba herrscht noch Ungewißheit. Sicher scheint bloß zu sein, daß die Amerikaner nicht Sieger waren, jede offizielle Meldung über den Ausfall der Schlacht fehlt in Washington. Man ist sich sogar nicht klar, über welche Nachmittage die Gegner verfielen. Nach unwahrscheinlich klingenden Meldungen sei die spanische Flotte garnicht in Santiago gewesen und bloß die Küstenbefestigungen und die Kanonen eines havarierten spanischen Kriegsschiffes hätten den Versuch der Amerikaner, die Hafeneinfahrt zu forciren abgewehrt. Andererseits wird gemeldet, daß auch die Amerikaner bloß einen Theil ihres westindischen Geschwaders in Aktion gesetzt haben. Auch über die Verluste auf beiden Seiten herrscht keine Gewißheit.

Nach einem spanischen Telegramm aus Santiago haben am Dienstag drei amerikanische Kriegsschiffe schwere Havarie erlitten. Zwei Schiffe sind in Brand gerathen. Die Amerikaner behaupten dagegen, daß sie Fort Morris vollständig zerstört haben. Die Spanier behaupten dagegen, sie hätten bloß den berühmten „Gran Mam“ verloren.

Eine in New-York vorliegende Depesche aus Port Antonio (Haiti) meldet, bei dem Gefecht vor Santiago am vorigen Dienstag sei der „Cristobal Colon“ von zwei Granaten des „Massachusetts“ getroffen worden. Die Spanier hätten etwa 300 Schiffe abgegeben, die Amerikaner nur etwa den vierten Theil dieser Zahl. Kein amerikanisches Schiff sei getroffen und auch kein Mann verletzt worden. Die Verluste der Spanier seien unbedeutend.

Ein Telegramm des „Evening Journal“ von Kap-Haitien vom gestern 10 Uhr vormittags besagt, die amerikanische Flotte sei neuerdings vor Santiago erschienen; man erwarte ein nochmaliges Bombardement.

Ein Telegramm aus Key West meldet, ein Gericht sei dort in Umlauf, der Hilfskreuzer „St. Paul“ habe das spanische Transportschiff „Alfonso XIII.“ mit 1800 Soldaten und einer großen Menge Vorräthe an Bord aufgebracht.

Kriegssekretär Alger richtete ein Schreiben an das Repräsentantenhaus, in welchem er einen Nachtragkredit fordert und vorschlägt, sofort 15 000 bis 20 000 Mann nach Cuba zu schicken, und diesen so schnell wie möglich weitere 60 000 Mann folgen zu lassen.

Die amerikanische Staatsschuld ist wegen der Kriegsausgaben um 19 341 108 Dollars (ca. 78 Millionen Mark) gestiegen.

Die indische Regierung hat beschlossen, alle diejenigen Schiffe, welche Lebensmittel nach Cuba einführen, von Zollabgaben zu befreien, und ferner die Ausfuhr von Zucker nach den Vereinigten Staaten zu unterliegen.

Ein Dekret der spanischen Regierung wurde veröffentlicht, welches die Ausgabe von Titres einer dauernden inneren Schuld zu 4 pCt. mit einem Kupon vom 1. Juli bis zur Höhe von 1000 Millionen Pesetas nominell anordnet behufs Garantierung der Operationen des Schatzes.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zemberg, 2. Juni. (W. S.) Die Rede des Junggehehen Dr. Forst in der gestrigen Parlamentsführung, welcher den Deutschen mit dem russischen Onkel drohte, hat in maßgebenden politischen Kreisen einen derart peinlichen Eindruck gemacht, daß seitens des Polenklubs bei den Junggehehenführern eine diebezügliche Mellesation erfolgt dürfte.

Wien, 2. Juni. (W. S.) In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses kam es zu stürmischen Szenen, weil der Präsident angeordnet hatte, daß Zwischenrufe nicht in das stenographische Protokoll aufgenommen werden sollen. Der Abgeordnete Wolf griff den Kriegsminister aufs heftigste an, weil die Verfügung angeblich auf dessen Einfluß erfolgt ist.

Budapest, 2. Juni. (W. S.) Der Minister des Innern hat an alle Behörden einen Erlass gerichtet, wonach alle Arbeitervereine, bei denen eine staatsfeindliche Haltung konstatirt ist, unverzüglich aufgelöst werden sollen.

Belgrad, 2. Juni. (W. S.) Die von mehreren Blättern gemeldete Verhaftung des Richters am obersten Gerichtshofe, Dr. Ugrić, erregt hier großes Aufsehen.

Generalversammlung des Zentralvereins der Bildhauer.

Erfurt, 1. Juni 1893.

Die Generaldiskussion über das Unterstützungswesen wird heute noch 2 1/2 Stunden fortgesetzt. Alsdann erfolgt namentliche Abstimmung. Hierbei wird ein Antrag mit 16 gegen 4 Stimmen abgelehnt, der eine Erhöhung des Wochenbeitrages von 50 Pf. auf 60 Pf. bezweckte. Der Antrag Halle-Bromberg, statt 50 Pf. 55 Pf. Wochenbeitrag zu erheben, wird mit 11 gegen 8 Stimmen abgelehnt. Der Antrag des Zentralvorstandes, die Wittwenunterstützung in bisheriger Weise bestehen zu lassen, wird mit 15 gegen 4 Stimmen angenommen. Der Antrag aus Münster, welcher fordert, daß der Beitrag auf 60 Pf. erhöht, den Verwaltungsstellen aber 10 pCt. für Begleichung lokaler Ausgaben zur Verfügung gestellt werden sollen, findet durch Uebergang zur Tagesordnung seine Erledigung.

Es beginnt die Beratung über die Abänderungsanträge zum Statut. Der Zentralvorstand beantragt: „Kollegen, welche vier Wochen nach beendeter Lehrzeit dem Verein beitreten und diesem 20 Wochen angehören, erhalten statt 50 Pf. 1 M. pro Tag Arbeitslosen-Unterstützung.“ Dieser Antrag wird mit 10 gegen 8 Stimmen angenommen. Unter „Aussschlüsse“ gelangt ein Antrag des Zentralvorstandes zur Annahme, wonach Ausschlüsse erfolgen können, wenn die betreffenden Mitglieder sich gegen die Organisation vergangen oder sich sonst im bürgerlichen Leben ehrsüchtiger Handlungen schuldig gemacht haben. Beschwerden gegen den Ausschluß ist spätestens innerhalb acht Tagen nach Mitteilung desselben beim Zentralvorstand einzureichen. Letzterer hat alsbald einem Schiedsgericht die Angelegenheit vorzulegen, welches endgültig entscheidet. Bis zum definitiven Ausschluß ruhen Rechte und Pflichten der Mitgliedschaft.

Unter „Wiederaufnahme“ liegt vom Zentralvorstand ein Antrag vor, der besagt: Mitglieder, welche gelegentlich eines Ausstandes als Streikbrecher ausgeschlossen wurden, können erst nach einem Jahre, auf Befürwortung einer Verwaltungsstelle, wo der Meldende sich befindet, und nach Anhörung der früheren Ausschluß nachgezogenen Verwaltungsstelle wieder aufgenommen werden. Dieser Antrag wird angenommen.

Von der Verwaltungsstelle Langenöls liegt der Antrag vor: Die Errichtung oder Abschaffung von Unterstützungszweigen, die Festsetzung der Beiträge oder die Vereinsauflösung können nur durch eine Abstimmung erfolgen.

Hierüber entspinnt sich eine längere Debatte. Die Delegierten Pöndel, Leipzig, Domscheit, Berlin stellen den Zusatzantrag: „Abstimmungen haben keine bindende Kraft für die Generalversammlung, sondern sollen derselben nur als Unterlage dienen.“

Die Verwaltungsstelle Ragdeburg beantragt: „Die Errichtung oder Abschaffung von Unterstützungszweigen kann nur durch Zweidrittel-Majorität einer Abstimmung erfolgen.“

Diese Anträge werden in namentlicher Abstimmung abgelehnt und zwar der Antrag Langenöls nebst Zusatzantrag mit 14 gegen 6, der Antrag Ragdeburg mit 18 gegen 7 Stimmen.

Es gelangt hierfür ein Antrag Scheuing, Frankfurt a. M. zur Annahme, der lautet: „Bei Errichtung oder Abschaffung von Unterstützungszweigen, bei Festsetzung der Beiträge oder bei Auflösung des Vereins muß, wenn ein Drittel der Verwaltungsstellen über die diesbezüglichen Beschlüsse der Generalversammlung eine Urabstimmung beim Hauptvorstand beantragen, eine solche vier Wochen nach Erscheinen des Protokolls vorgenommen werden. Es entscheidet einfache Majorität.“ Nach Annahme einiger unwesentlicher Anträge wird die Sitzung am 1/7 Uhr vertagt.

Neunter Kongreß der Deutschen Steinarbeiter.

Würzburg, den 1. Juni 1893.

Nach einer Debatte über die Taktik bei Streiks wird beschlossen: Die Beschlüsse bezüglich der Streiks treten am 1. Juli in Kraft. Nächster Punkt Agitation. Der rheinische Delegierte Kockbach fordert für die ca. 17000 Steinarbeiter des Rheinlandes: die Geschäftsleitung möge mehr für die Agitation thun, desgleichen auch in Luxemburg, Saarbrücken und Rheg versuchen, Fuß zu fassen. Die Agitation soll von den Städten Frankfurt a. M., Köln, Stuttgart, Dresden, Mannheim, Hof, Hamburg, Hannover, München, Straßburg, Speier, Erfurt, Bunzlau, Würzburg, Karlsruhe, Freiburg i. B., Birlensfeld, Striegau, Pechenbach und Vörsach l. B. betrieben werden.

Zu Punkt Fachpresse referiert Thomas. Der Abonnentenstand ist bei der letzten Nummer 4600. Das beweist, daß es King war, ein eigenes Fachorgan zu gründen. Der Gewinn betrug in zwei Quartalen 1800 M. Thomas wird einstimmig als Redakteur und Expedient gewählt. Dem bisherigen Geschäftsleiter Mitschke wird vom Kongreß Decharge erteilt und wird derselbe wiedergewählt. Vorort für die Geschäftsleitung bleibt Berlin.

Der internationale Formerkongreß.

Kopenhagen, den 31. Mai 1893.

Der Kongreß wurde am Sonntag, den 29. Mai, im hiesigen „Arbeiterhaus“ eröffnet.

Vertreter waren Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Frankreich, Oesterreich, Ungarn, zusammen mit 22 Delegierten. Belgien und Holland hatten Zustimmungserklärungen geschickt. Italien und England haben auf die Einladungen nicht geantwortet. Nach gründlicher Aussprache über gegenseitige Unterstützungen der im Streik und auf der Reise sich befindlichen Kollegen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Da die im vorigen Jahre zwischen den Unternehmern und Arbeitern stattgefundenen Kämpfe den Beweis erbracht haben, daß auch die Siegereisenden Deutschlands mit denen des Auslandes internationale Abmachungen getroffen haben und woraus zu sehen ist, daß in absehbarer Zeit der internationale Zusammenschluß des Unternehmertums aller Länder sich vollziehen wird, erklärt der am 29. und 30. Mai 1893 in Kopenhagen im Volkshause tagende internationale Formerkongreß auch den Zusammenschluß der Formier und Berufsgenossen aller Länder für notwendig, und ersucht die Kollegen, über alle in ihren Ländern in Siegereisen vorkommenden, die Interessen der Arbeiter berührenden Vorkommnisse dem internationalen Vertrauensmann der Formier, Johann Sühr, Reichshafenweg Nr. 10 in Kopenhagen, Bericht zu erstatten. Um eine schnelle präzise Berichterstattung in allen Ländern zu erzielen, spricht der Kongreß den Wunsch aus, daß der Vertrauensmann die eingelaufenen Berichte zunächst in den in Kopenhagen täglich erscheinenden „Sozialdemokraten“ zu veröffentlichen und dann an alle bekannten Adressen des Auslandes unverzüglich zu befördern, gleichzeitig mit dem Erscheinen, dieselben sofort, nicht nur allein in die am Orte erscheinende Arbeiter-Presse, sondern auch in das Zentral-Organ der sozialdemokratischen Partei jeden Landes einzulassen. Der Kongreß spricht die Erwartung aus, daß die politische sowie gewerkschaftliche Arbeiter-Presse aller Länder der organisierten internationalen Formierschaft in ihrem Bestreben, eine möglichst schnelle Veridsterhaltung zu erzielen, in ausgiebigster Weise unterstützt wird.“

Zu bezug auf die Unterstützung kämpfender Kollegen fordert der Kongreß die Formierorganisationen aller Länder auf, gleich nach Ausbruch eines jeden, größerer Dimensionen annehmenden Kampfes mit den Sammlungen zu beginnen und alle eingegangenen Gelder sofort und ohne Verzug an das Streikkomitee einzufenden. Das Streikkomitee ist gehalten, über den Verlauf des Streiks fortlaufende Situationsberichte einzufenden, welche an die Berufsorganisationen aller Länder unverzüglich übermittelt werden müssen. Die organisierten Kollegen sind verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß der Zugang aus ihren Ländern nach dem Streikgebiete ferngehalten wird.

Zum Schluß fordert der Kongreß alle Klassenbewußten Kollegen auf, ihr Solidaritätsgefühl der internationalen Arbeiterschaft gegenüber auf das ausgiebigste zu betätigen.

Ueber das Verhalten der ungarischen Polizei dem Delegierten gegenüber wurde folgendes berichtet: Der für Ungarn in Budapest gewählte Delegierte hatte noch eine Haftstrafe von 20 Tagen abzumachen. Kurz vor der Abreise wurde er verhaftet, um seine Strafe abzuhängen; sein Stellvertreter belam gleichzeitig die Mitteilung, daß sein Besuch nach Kopenhagen als Vertreter der ungarischen Formier und Berufsgenossen von einer Ministerialerlaubnis abhängig sei. Sein dahingehendes Gesuch wurde so spät beantwortet, daß er unmöglich selber kommen konnte und hatte die Vertretung dem in Wien für Oesterreich gewählten Kollegen übertragen.

Mit einem kräftigen Hoch auf die internationale Arbeiterschaft wurde der Kongreß Montag um 6 Uhr geschlossen.

Kommunales.

Der Oberpräsident von Berlin hat zu der von der Stadtgemeinde Berlin in Aussicht genommenen neuen Anleihe von 60 Millionen Mark zunächst noch die Auffassung einer Uebersicht, aus welcher sich der Geldbedarf für die Fortführung der Kanalisation, sowie für die Erweiterungsanlagen der Wasser- und Gaswerke nicht bloß bis zu Ende 1902, sondern darüber hinaus ersehen läßt, nebst erläuterndem Bericht, eingefordert, um an der Hand dieser Uebersicht unter anderem zu ersehen, ob und inwiefern es sich bei den genannten kommunalen Werken noch um außerordentliche Bedürfnisse handelt. In einer weiteren Uebersicht wird eine Zusammenstellung derjenigen Ueberschüsse aus gewinnbringenden Anlagen, welche zur Befriedigung laufender Bedürfnisse in den letzten zehn Jahren Verwendung gefunden haben, und der demnächstigen noch in betracht kommenden städtischen Schuldenlasten, sowohl in ihrer ursprünglichen, als in ihrer jetzigen Höhe unter Angabe des Zins- und Tilgungssatzes und des Termins der endgültigen Tilgung für jeden einzelnen Posten gefordert.

Die städtische Hochbau-Deputation hat unter Vorsitz des Stadtraths Ranslau beschlossen, den städtischen Behörden die unveränderte Annahme der vom Stadtbaurath Hoffmann ausgearbeiteten und vorgelegten Entwürfe zum Neubau einer Feuerwache nebst Ständesaal, Fischerstr. 37/38, einer Gemeinde-Doppelschule in der Oberbergerstraße und zum Kinderasyl in der Kürassierstraße zu empfehlen.

Zur Oberbürgermeister-Wahl. Nachdem der Oberpräsident von Berlin die von der Stadtverordneten-Versammlung festgesetzten Gehälter für den erledigten Oberbürgermeister-Posten (30 000 M.) und für die erledigte Stelle eines befohlenen Stadtraths (7000 M.) genehmigt hat, wird der Ausschuß für die Stadtraths-Wahlen demnächst wieder zusammentreten, um sich über die Personenfrage schlüssig zu machen.

Lokales.

Das Wahltabellau der sechs Berliner Wahlkreise wird von uns in der Sonntagsnummer veröffentlicht. Falls Wahlkomitees besondere Exemplare benötigen, wollen sie im Laufe des heutigen Tages in der Buchdruckerei von Max Bading, Deutshstr. 2, ihre Bestellungen aufgeben.

Sozialdemokratische Wahlversammlung. Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, spricht Genosse Arthur Stadthagen in einer in der Germania-Brauerei, Franzfurter Allee 53, tagenden Wähler-versammlung des vierten Reichstags-Wahlkreises. Tagesordnung: „Ans Vaterland, ans theure, schließ Dich an!“ Parteigenossen, agitiert für zahlreichen Besuch dieser Versammlung!

Achtung! VI. Wahlkreis. Diejenigen Genossen, welche gewillt sind, am Sonntag, den 5. Juni, an der Flugblattvertheilung theilzunehmen, wollen sich früh 7 1/2 Uhr in folgenden Lokalen melden: R. Augustin, Rastanien-Allee 11, Schmidt, Treselow- und Diedenhofenerstr. 14, Schönfeld, Fehrbellinerstraße 9, Kofin, Kuppiner- und Schönholzerstr. 14, Hoppe, Adlerstraße 145, Bachgänger, Zwinmünderstr. 96, Hermann, Puttbuscherstr. 45, Brinkmann, Prinzen-Allee 21, Schulze, Schwarzgloppstr. 11, Franz Kleinert, Müllerstr. 7a, Johann Pfarr, Puttligstr. 10 (Moabit). — Genossen! Während der Wahlbewegung hat jeder die Pflicht, sich in den Dienst der Partei zu stellen.

Die Vertrauensleute. Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch, den 3. Juni, abends präzise 8 1/2 Uhr, veranstaltet Herr Dr. Vorchardt mit seinen sämtlichen Hörern eine Besichtigung der Sternwarte in Trepzow, wozu sämtliche Mitglieder höflichst eingeladen werden. Die Besichtigung ist verbunden mit einer Führung durch die astronomische Ausstellung, sowie mit einem durch Vorträge illustrierten wissenschaftlichen Vortrag. Bei günstiger Witterung Beobachtung des Planeten „Jupiter“ durch das Reflektornrohr. Billets à 50 Pf. sind in der Schule zu haben. Treffpunkt abends 8 1/2 Uhr am Eingang der Sternwarte. Wie erwarten zahlreichen Besuch. Der Vorstand.

Der Klingelbeutel für die jubelnden Schulente. Ein Verlangen, welches wohl weit über Berlin hinaus gerechtes Beifremden erregen dürfte, richten die Schweinburg'schen „Berl. Vol. Nachr.“ an die hiesige Einwohnerschaft. Am 13. Juni soll die Berliner Schulumannschaft auf dem Schloßplatz in Gegenwart des Kaisers ihr fünfzigjähriges Jubiläum begehen. Das ist eine Veranstaltung, gegen die, soweit nicht die öffentliche Sicherheit darunter leidet, nicht viel einzuwenden ist. Hält die in betracht kommende Behörde es für angebracht, den Moment zu feiern, so ist das ihre Sache.

Die „Berl. Vol. Nachr.“ verlangen aber auch, daß die Bevölkerung Antheil an diesem Ereigniß nehme und zwar Antheil, der in klingender Münze zum Vorschein kommen soll.

Das offiziöse Blatt läßt, nachdem es die Schulumannschaft unter der Devise „Viel Feind, viel Ehr“ ganz geschmacklos herausgestrichen hat, wie folgt den Klingelbeutel heranziehen.

„Dah der schwere Dienst des Schulumanns an Körper und Geist, an den Charakter, an das Taggefühl jedes einzelnen die weitestgehenden Anforderungen stellt, wird von den Kritikern nur zu gern außer acht gelassen. Um so triftigere Veranlassung hätten unseres Erachtens alle diejenigen Kreise der Berliner Bevölkerung, welche noch nicht auf das Niveau der geist- und ordnungsfeindlichen Sozialdemokratie heruntergeglitten sind, auch ihrerseits dem bevorstehenden Ehrentage der Berliner Schulumannschaft ihre thätigen Sympathien zuwenden. Wir setzen als bekannt voraus, daß die materielle Lage dieser Beamtenkategorie günstiger sein könnte, als sie trotz der wohlwollenden und erfolgreichen Bemühungen der Regierung um Aufbesserung der Gehalts- u. Verhältnisse des Korps sich darstellt. Nur zu viele dieser in hartem Dienste sich mühenden Beamten leben mit Frau und Kindern in der Inappetenz — um kein drastischeres Wort zu gebrauchen — Verhältnissen, und gerathen häufiger, als man wohl denkt, in Lagen, welche sie einer Unterstützung so bedürftig als würdig erscheinen lassen. Am sind zwar Mittel vorhanden, um in außerordentlichen Fällen den Frauen und Kindern aktiver Beamter, namentlich in Erkrankungsfällen und sonstigen Heimnuthungen zu Hilfe zu kommen; leider sind aber die für diesen Zweck verfügbaren Fonds derart beschränkt, daß der Nutzen, den sie stiften, nur ein begrenzter sein kann. Sollte da nicht das jetzt bevorstehende Jubiläum den geschäftlichen Kreisen Berlins, namentlich den großen Instituten, wobei wir in erster Reihe an die Verkehrsgesellschaften u. s. w. denken,

welche eigentlich permanent nicht nur die höheren Dienststellen des Polizeipräsidiums, sondern gerade auch die aktive Schulumannschaft in Anspruch nehmen, ein gegebener Anlaß bieten, ihre dankbare Anerkennung der ihnen von unsrer Exekutivpolizei geleisteten vielfachen und wichtigen Dienstleistungen zu betätigen, daß sie zu einem Fonds zusammensteuern, bestimmt, den Frauen und Kindern der aktiven Beamten in Krankheits- und ähnlichen Nothfällen einen pekuniären Rückhalt zu gewähren? Wir glauben, daß ein sympathisches Eingehen auf diese Anregung im Interesse des Berliner Gemeinwohls gelegen wäre und daß die einsichtsvolleren Bevölkerungselemente Berlins die Begründung eines solchen Jubiläumsfonds mit ungeheilter Gemüthsregung begrüßen werden.“

Von der merkwürdigen Logik der Schweinburg'schen Vetelei, nach welcher ein jeder, der aus irgend einem Grunde einmal mit einem Schulumann in angenehme oder unangenehme Berührung gekommen ist, eigentlich verpflichtet wäre, seinen Thaler zum Jubiläumsfonds herzugeben, wollen wir hier nicht weiter reden. Thatsächlich wird dieser Appell vor allen Dingen bei solcher Unternehmerrorganisationen von Erfolg sein, die ein böses Gewissen haben und bestreben müssen, daß die Arbeiterschaft sich früher oder später gegen die von ihnen ausgeübte Unterdrückung und Ausbeutung auflehnen werde. Hoffen diese Gesellschaftsklüger doch bestimmt, daß die Polizei ihnen nach solcher klingenden Anerkennung noch williger zu Diensten sein werde, als jetzt. Andere Kreise werden jedoch für die Vetelei nur ein Kopfschütteln übrig haben. Die überwältigende Mehrheit der Berliner Bevölkerung ist wahrlich nicht der Ansicht, daß die Art und Weise, wie die Schulumannschaft auf der Straße ihren Dienst versehen muß, wie die Kriminalpolizei im Zeichen steter Mißfolge arbeitet und wie die im Tauschprozess und bei früheren Gelegenheiten „entfaltete“ politische Polizei wirkt, danach angethan wäre, der Bevölkerung das rare Geld aus dem Portemonnaie zu entlocken. Wahr ist allerdings, daß die unteren Beamten gleich den Proletariaten am Schraubstock und in dunsiger Fabrik überaus knapp entlohnt sind und der Gehaltsaufbesserung dringend bedürfen. Das zu bewirken, ist aber Sache des Staates. Die Ehre der Behörde sollte schon verbieten, daß ihre Beamten in Fällen der Bedürftigkeit sich mit Veteleigrößen in privater Persönlichkeit über Wasser halten; durch derartige Klängebeuteleien kann das Selbstbewußtsein der Beamten, auf das in Preußen doch so viel gegeben wird, wesentlich nicht gestärkt werden. Und uns dünkt, daß auch das Ehrgefühl der Unterbeamten selber sich gegen die Schweinburg'sche Gölle zur Wehre setzen müßte. Wer Ursache hat, unzufrieden zu sein, sucht seine Lage durch Vereinnung mit seinesgleichen zu heben und verschmäht milde Gaben mit empörtem Stolz. Das haben zahlreiche Beamte in Preußen begriffen, warum sollte die Berliner Schulumannschaft eine Ausnahme bilden?

Prügelpädagogik. Der neunjährige Albert und der elfjährige Alexander Müdiger besuchen seit dem 1. April d. J. die fünfte Klasse der Väterberger Gemeindefchule. Der ältere der beiden Knaben hat früher eine Gehirnerschütterung erlitten; infolge dessen ist eine geistige Schwäche bei ihm zurückgeblieben. Auch der jüngere macht den Eindruck eines ungewöhnlich schwachen Kindes. Bei der Einschulung machten die Eltern den betreffenden Lehrer auf den Krankheitszustand ihres Sohnes Alexander aufmerksam und ersuchten ihn, beim Unterrichts auf diesen Umstand Rücksicht zu nehmen. Es scheint aber, als ob man der Vorstellung der Eltern nicht Rechnung getragen habe. Die Knaben konnten jedenfalls — was ja bei ihrem Zustand begreiflich ist — dem Unterricht nicht folgen, sie mögen ihm daher auch nicht die geforderte Aufmerksamkeit geschenkt haben, genug, sie klagten den Eltern mehrmals, daß sie vom Lehrer Grimm in mäßige Prügel bekommen hätten. Die Mutter wandte sich nun brieflich an Herrn Grimm und suchte ihn begreiflich zu machen, daß der Stolz nicht das geeignete Mittel sei, um den Unterricht bei geistig zurückgebliebenen Kindern zu fördern. Aber auch diese Vorstellung der Mutter wurde nicht beachtet. Ein zweites Brief der Mutter schickte der Lehrer uneröffnet zurück. Eine Verständigung zwischen Schule und Haus war also nicht zu erreichen. Am Sonnabend, den 28. Mai, hatte der Lehrer wieder den Stolz gebraucht. Wie nachdrücklich die Nichtigung gewesen sein muß, erhellt daraus, daß der Schreiber dieses nach am 1. Juni bei beiden Knaben an den Hinterbacken größere Brand und blau angelaufene Flecken sehen konnte, so daß es wohl glaubhaft erscheint, daß die Kinder einige Tage lang nicht sitzen konnten. Albert Müdiger hatte außerdem eine mit Schorf bedeckte Wunde an der Wade, die ebenfalls die Folge von Schlägen sein soll.

Wögen solche Fälle von ausgiebiger Anwendung des Prügelrechts, die sich stets wiederholen und schon so oft von uns gerügt worden sind, zum theil dem heftigen Temperament eines Lehrers zuzuschreiben sein, hauptsächlich wurzeln sie jedoch in dem System unseres Volksschulwesens. Da wird eine Klasse von 50, 60 und noch mehr Schülern, fähige und unfähige, begabte und schwache, alles bunt durch einander gewürfelt, einem mitunter noch recht jugendlichen, der nöthigen pädagogischen Erfahrung entbehrenden Lehrer anvertraut und dann von ihm verlangt, mit dieser aus den verschiedensten Elementen zusammengesetzten Masse einen gegebenen Unterrichtsstoff in einer gewissen Zeit zu bewältigen. Eine Arbeitslast, der selbst die tüchtigste Lehrkraft nicht gewachsen ist. Darf man sich wundern, wenn hier und da ein unerfahrener Lehrer mit den Mitteln der Prügelpädagogik dem Unterricht nachzuhelfen und seiner Aufgabe gerecht zu werden sucht? Die Prügelpädagogik werden nicht eher verschwinden, als bis unser Volksschulwesen eine gründliche Reform erfahren hat, wobei es vor allem ankam auf Entlastung der Lehrer und Einrichtung besonderer Klassen für geistig zurückgebliebene Schüler. Wo aber der Militarismus den weitaus größten Theil der Staatsmittel verschlingt, da bleibt für die Kulturaufgaben nichts übrig. Wögen die Väter und Mütter, denen die Erziehung ihrer Kinder am Herzen liegt, dafür agitieren, daß die Reichstagswähler nur solchen Vertretern ihre Stimme geben, welche nicht den Militarismus fördern, sondern die Bildung und Kultur unseres Volkes heben wollen.

Eine prehegeische Verichtigung des Polizeiprääsidenten und die prehegeische Antwort darauf. Die Schulumannschaft, über die wir am 24. Mai berichteten, hat bekanntlich dem Polizeiprääsidenten Veranlassung gegeben, uns mit einer Verichtigung zu kommen, die wir unter Vorbehalt abdruckten. In einer Anzahl Abendblätter vom Donnerstag finden wir überdies noch folgende polizeiliche Mittheilung:

„Der „Vorwärts“ brachte am 24. Mai unter der Epithete: „Ein reinlicher Vorfall“ (die Notiz begann: Ein peinlicher Vorfall. D. N.) die Mittheilung, daß am 23. Mai ein Schulumann an der Ecke der Müller- und Nazarethstraße mit gezogener Säbel auf einen langsam daherschreitenden Arbeiter zugeeilt und diesem mehrere Hiebe versetzt habe, so daß der Unglückliche blutend zusammengebrochen sei. Diese Erzählung ist, wie uns aus dem Polizeipräsidium mitgetheilt wird, un wahr. Der „Vorwärts“ brachte auch selbst in seiner nächsten Nummer mit der Einleitung „Ein auf dem Patronenlangange befindlicher Schulumann“ eine im ganzen richtige Schilderung des Vorfalles, unterließ aber dabei jeden Hinweis darauf, daß es sich um denselben Fall handele, auf den sich seine erste, un wahre Mittheilung bezog. So die ausgiebige Nichtigstellung des Polizeiprääsidenten. Wir werden von Augenzeugen, welche dem von uns am 24. Mai geschilderten Vorfall bewohnten, auf grund des § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme der folgenden Verichtigung ersucht: „Der Vorfall hat sich im ganzen durchau so abgespielt, wie es in der am Dienstag voriger Woche vom „Vorwärts“ gebrachten Meldung dargestellt worden ist. Als der Arbeiter von der Müller-

Straße aus seines Weges dahergeschritten kam, nahm der Schuttmann ihn mit blank gezogenem Säbel in Empfang und brachte ihn in der Weise, wie es vom "Vorwärts" gefordert worden, mehrere Riebe bei. Es ist unklar, wenn behauptet wird, daß die Straßenpassanten, welche Zeugen der Affäre waren, nicht ihrem Unwillen Luft gemacht haben; vielmehr traten die in betracht kommenden Personen an den Beamten heran und fragten ihn, wie er dazu gekommen sei, den Mann mit dem Säbel zu schlagen. Anfangs entgegnete der Schuttmann, daß dies eine Sache sei, die andere Leute nichts anginge; als jedoch mehr Personen herangekommen waren und sich in Worten des Unwillens über die Affäre geäußert hatten, sagte der Sicherheitsbeamte, daß der zu Boden geschlagene Mann ihm vorher eine Wackpfeife gegeben hätte. Ob die Sache mit dem am 25. Mai gebrachten Votandum, auf welche der Polizeipräsident in seiner Zuschrift eingeht, irgend welchen Zusammenhang hat, wissen wir nicht.

So die Verurteilung. Auch uns war natürlich bis vorgestern der Zusammenhang der beiden Meldungen unbekannt. Aber auch wenn sie beide den gleichen Gegenstand behandeln, so wird dadurch die Richtigkeit der ersten Meldung durchaus nicht erschüttert.

Die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft hatte vom Sonntag bis Dienstag einschließlich eine Einnahme von 239 000 M. zu verzeichnen. Hieron entfallen auf den Pfingstfestabend 67 000 M., auf den ersten Feiertag 62 000, auf den zweiten Feiertag 64 000 und auf den dritten Feiertag 64 000 Mark. Am zweiten Feiertage, an welchem die Gesellschaft ihre höchste Einnahme seit Eröffnung des Betriebes zu verzeichnen hatte, wurden 619 000 zahlende Personen befördert. Zu diesen dürften noch circa 15 000 Abonnenten hinzugerechnet sein.

Auf die Unvollständigkeit der Wählerlisten hat der "Vorwärts" seinerzeit eindringlich hingewiesen. Eine Anzahl Einsprüche waren die Folge. Daß aber auch diese Reklamationen zum Teil eine recht oberflächliche Behandlung erfahren haben müssen, beweist folgender Vorfall. Als der Prager B. am Himmelfahrtstage die Wählerliste nachsah, fand er seinen Namen nicht darin verzeichnet. Er beantragte die Aufnahme. Bald erhielt er eine schriftliche Mitteilung, wonach seine Eintragung nicht erfolgen kann, weil er aus öffentlichen Mitteln Unterstützung bezogen hat. Die Sache lag so, daß eine Krankenhaushuld, die auf B. lastete, bereits am 1. März vollständig von ihm getilgt worden war. Erst als B. sich mit der Krankenhaus-Direktion nochmals zum Wahlbureau aufgemacht hatte, erhielt er die Versicherung, daß er in die Wählerliste aufgenommen werde.

Jedermann muß sich fragen, ob die Wahlberechtigung des Pragers B. nicht bereits auf Grund des anfänglich erhobenen Einspruchs festgestellt werden konnte. Im Verlauf eines Vierteljahres hätte doch eigentlich die Schuld des Mannes in den Büchern der Armendirektion gelöscht sein sollen.

Das Wamsseebahn-Komitee hat von dem Minister Theilen die Mitteilung erhalten, daß er Veranlassung genommen habe, die für die Gestaltung des Betriebes auf der Wamsseebahn in betracht kommenden Verhältnisse nochmals eingehend prüfen zu lassen. Eine endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit müsse er sich bis nach Abschluß dieser Prüfung vorbehalten.

Stadtschätz. Im städtischen Obdach befanden sich am 1. Mai er. 21 Familien mit 58 Personen, darunter 7 Säuglinge und 55 Einzelpersonen. Am 1. Juni war der Bestand 18 Familien mit 61 Personen, darunter 7 Säuglinge und 52 Einzelpersonen. Das Amt für nächtliche Obdachlose dazwischen im Laufe des Monats Mai 19 259 Personen, und zwar 18 344 Männer, 915 Frauen. Von den Personen des nächtlichen Obdachs wurden 6 dem Krankenhaus Friedrichshain, 40 dem Krankenhaus Moabit, 8 der Charité, 1 der Anstalt Wuhlgarten, 2 der Anstalt Herberge, 27 der Krankenanstalt des Obdachs überwiesen, 257 (284 Männer, 3 Frauen), der Polizei vorgeführt. Gebadet haben während des Monats Mai 6208 Personen.

Die Benutzung der Bürgersteige vor Restaurationen und Schanzweiden durch Aufstellung von Ephenlästen und dergleichen nimmt von Jahr zu Jahr zu. Nur den Wirthen von Lokalen, in welchen anständige Arbeiter verkehren, wird die Freigabe der Straße oder auch nur die Benutzung des Vorgartens konsequent verweigert. Im Jahre 1897/98 haben zu derartigen Reklamationen bei der Straßenbau-Polizei 54 Projekte vorgelegt. Auch die Zahl der dort zur Veranlassung gelangten Hochbau-Projekte hat eine Steigerung von 2228 im Jahre 1896/97, auf 2787 im Jahre 1897/98 erfahren. Diesen Projekten wurde von der Straßenbau-Polizei in 2623 Fällen zugestimmt, während die Veranlassung der Zustimmung in 135 Fällen ausgesprochen wurde, was zu zwei Klagen Veranlassung gab. Von diesen ist die eine in beiden Instanzen zu gunsten der Straßenbau-Polizei entschieden worden, bei der anderen ist Entscheidung noch nicht ergangen.

Als Normalzeit für die Prüfung der Projekte bei der Straßenbau-Polizei gelten 21 Tage. Bei den Bauten auf Hinterland wird diese Zeit in der Regel nicht verbraucht. Nur in etwa 4 pCt. der gesammelten Fälle erfolgte die Erledigung innerhalb der Normalzeit nicht.

In 84 Fällen wurde seitens der Straßenbau-Polizei die Verlängerung der Stilllegungsfrist der Bauverhältnisse zugestimmt.

Die Androhung des Verwaltungs-Zwangsverfahrens zur Erreichung der Straßenbau-polizeilich gestellten Forderungen erfolgte im Jahre 1897/98 in 282 Fällen — gegen 338 im Vorjahre. — Den Aufforderungen wurde seitens der Verpflichteten genügt in 210 Fällen. In 2 Fällen wurde von der gestellten Forderung Abstand genommen. In 11 Fällen mußte Zwangsausführung eintreten.

Kauf der erlassenen Aufforderungen wurden durch Einspruch angegriffen, aber von der Straßenbau-polizei aufrecht erhalten; in 4 Fällen wurden die erlassenen Beschlüsse nicht weiter angefochten. In einem Falle ist Klage erhoben und letztere vom Bezirksauschusse zurückgewiesen worden. — Die Zahl der zur Regulierung der Bürgersteige auf Grund der §§ 2 und 8 der Polizeiverordnung vom 17. Januar 1878 erlassenen Aufforderungen ist ungefähr halb so groß gewesen wie im Vorjahre.

Unter den Linden sind jetzt Papierkörbe zur Aufnahme von Stullenpapier aufgestellt worden.

Durch Messerstücke wurde gestern Morgen die unter sittenpolizeilicher Aufsicht stehende Louise Wolter in Hause Münchbergstr. 6 von einem Ramme verletzt, mit dem sie in Streit gerathen war. Der Mann wurde verhaftet. Dieser Vorfall hat dem Extrablattschwindel, der aus Anlaß des spanisch-amerikanischen Krieges ohnehin schon seit einigen Wochen wieder in Berlin florirt, neue Nahrung. Ein Extrablatt mit dem Titel "Ein neuer Luftmord" und ins unheimliche übertriebene Darstellung wurde auf den Straßen ausgebreitet und fand zahlreiche Käufer.

Die Verlegungen, die der Festgenommene, ein Mißschwitzer Jutz, gestern, Donnerstag morgen, der Prostituirten Luise Wolter, beibrachte, sind nicht lebensgefährlich. Das Mädchen hat vier Stiche mit einem Schustermesser bekommen, je einen in den rechten Oberarm, den Unterarm in der Nähe der Pulsader, in die linke Brust und die linke Seite des Unterleibes. Es befand sich gestern Abend außer jeder Gefahr und verhältnismäßig wohl. Die Wolter hatte Jutz am Mittwoch Abend in einer Schanzwirthschaft in der Wagnersstraße kennen gelernt und um 12 Uhr nachts mit nach Hause genommen. Sie wohnte früher mit ihrer Wirthin Frau Blade in der Wallfadenstraße 48 und war mit ihr am 1. Mai nach der Münchbergstr. 6 gezogen. Frau Blade bewohnt hier im Keller des linken Seitenflügels mit zwei Mädchen zusammen eine Stube, die Wolter die Küche.

Eine sehr fragwürdige Rolle scheint der in der Hochstr. 32 wohnende Arbeiter und angebliche Läufer Max Müller zu spielen. Am ersten Feiertag gab er in einem in der Hochstraße gelegenen Lokale eine Heubergschichte über den Verbleib der sozialdemokratischen Zwecken aufgedrachten Gelder zum besten. Unterhaltungen seien an der Tagesordnung. Anwesende Arbeiter verlangten nun, daß M. sich deutlicher aussprechen möge, man müsse doch für solche

schwere Beschuldigungen zunächst Beweise haben. Jutz war auch Müller mit den Beweisen bei der Hand, indem er sagte, der Stadtverordnete Jacobey gehöre auch zu denen, die Parteigelder unterschlagen haben, auch dieser sei ein Verräther. Es gelang, den Genossen Jacobey herbeizuholen. Diesem gegenüber gesteht, trat der Bursche den Rückzug an. Er bestreitet nun, diese Nebenwendung überhaupt gebracht zu haben. Er kenne den vor ihm Stehenden gar nicht, er habe ganz andere Personen im Auge gehabt und er habe gar nicht nötig, weitere Aufklärung zu geben. Ueber die Frechheit dieses Lumpen, der die anwesenden Arbeiter obendrein zu Klagen stampeln wollte, entstand begreiflicherweise allgemeine Entrüstung. Nur mit Mühe gelang es, den Burschen vor einer gehörigen Tracht Prügel zu schützen.

Eine unthunliche That. Auf dem Bahnhof IX (Rantaustraße) der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft scheuten gestern die Pferde eines Dunggewagens, galoppirten zum Thor hinaus und die Rantaustraße in südlicher Richtung hinab. Vor dem Hause Nr. 56 warf sich der künftige Adolf Brandt den Pferden entgegen, stürzte zu Boden und wäre beinahe unter die Räder gekommen. Er sprang jedoch wieder empor, fiel den Pferden von neuem in die Fänge und brachte sie kurz vor der Reichensbergerstraße zum Stehen.

Zur Warnung. Beim Hinabsteigen aus dem Treppengelände stürzte der Schulknabe Karl Katnowski aus der Höhe des IV. Stockwerkes auf den Treppenhof des III. Stockes hinab und blieb benimmungslos liegen. Ein Schuttmann brachte den Knaben zu seinen Eltern zurück.

Schwer zu Schaden kam am Dienstag früh der Tischler Theodor B., als er nach einer zweitägigen Gefängnisstrafe aus der Strafanstalt Krummelsburg entlassen werden sollte. Er blieb mit dem Abfall in einer der eisernen Schienen hängen, mit welcher die Treppe beschlagen ist und stürzte so unglücklich hinunter, daß er am Kopfe wie an den Armen schwere Verletzungen erlitt. Der Anstaltsarzt legte den ersten Verband an, auch wurde, nachdem das Unglück geschehen, der Fehler an der Treppe sofort ausgebessert. Für B. hat der Unglücksfall infoweit noch schwere Folgen, als die Krankenkasse sich weigert, ihm das Krankengeld auszugeben; er ist gezwungen, erforderlichenfalls im Prozeßwege sich am Fiskus schadlos zu halten.

Ein Opfer des Krieges. Nach Amerika ist der 13-jährige Gemeindeführer Bruno Jänich, ein Sohn der Förstner Jänich'schen Eheleute aus der Poststr. 43, seinen Eltern durchgebrannt. Der Junge war schon lange „amerikanisch“, seit dem Ausbruch des Krieges aber zog es ihn mit aller Gewalt dorthin. Am Dienstag Morgen trat er heimlich die große Reise an. Das Geld, das er mitgenommen hat, 20 M., reicht zwar nicht für den ganzen Weg, der Abenteuerer glaubt jedoch, wie er seinen Witschülern gegenüber geäußert hat, sich bis zum Kriegsjahresplan durchzuschlagen zu können. Vielleicht kehrt er nach Hause zurück, um dann heim Durchschlagen eine mehr passive Rolle zu spielen.

Übermal ein Fahrstuhl-Unglück. In der Seifenfabrik von Paul Dümke in der Dresdenstr. 42 brach das eiserne Seil des Fahrstuhles, wobei das 15 Pfund schwere Gewicht des Stuhles den Arbeiter Ernst Dörning lebensgefährlich am Kopf verletzete.

Verdunnen ist seit dem 27. v. M. der nahezu 20 Jahre alte Musikschüler Alphonso Ronald Förster aus der Spenerstraße 80. Der junge Mann fuhr an jenem Tage vormittags mit seinem Zweirad zu einem Bekannten und wollte von diesem sofort nach Hause zurückkehren.

Castan's Panoptikum hat seine Räume in dem Schorppalast, Friedrichstr. 163, gekündigt. Plakate an dem Hause zeigen an, daß von April l. J. die drei Stockwerke, in welchen bisher das Panoptikum untergebracht war, zu vermieten sind. Wie verlautet, soll die Forderung an die Inhaber des Panoptikums, ferner die Pacht in der bisherigen Höhe (85 000 M.) zu zahlen, Ursache der Kündigung sein.

Feuerbericht. Mittwoch Abend 8 1/2 Uhr erfolgte Alarm nach Rokoederstr. 37, wo ein Kasten Kupfer auf einem Lagerplatze in Flammen stand. Donnerstag Mittag 12 Uhr wurde die Wehr nach Prinzestr. 11 gerufen. Hier waren Pechhölzer in Brand gerathen. Trotz großer Rauchentwicklung konnte die Gefahr bald beseitigt werden.

Aus den Nachbarorten.

Weihensee. Die Parteigenossen werden ersucht, sich an der Agitationstour am Sonntag, den 5. Juni, zahlreich zu betheiligen. Berliner Genossen, welche sich anschließen wollen, sind willkommen. Treffpunkt bei Pfeiffer-Müller, König-Chaussee 88, morgens 1/2 7 Uhr. Das Wahlkomitee.

Krummelsburg. Am Sonntag, den 5. Juni, findet eine Flugblatt-Verbreitung statt. Genossen, welche an der Verbreitung am Ort mitwirken wollen, mögen sich früh 7 Uhr bei Burgenzer, Ranfstraße 44, einfinden. Das Wahlkomitee.

Die Arbeiten zum Bau eines dritten und vierten Geleises auf der Vorortstrecke Berlin-Nichtersfelde sind jetzt im Gange. In Südende hat der Restaurateur Frismann einen Theil seines Gartens für die Bahnanlage abtreten müssen, ebenso einen Theil des Sees, in dem eine Bade-Anstalt lag. Der See wird hier jetzt zugeschüttet. Um die Erbauungsarbeiten ohne Unterbrechung fortführen zu können, hat man den Bahndamm von Südende nach Mariendorf provisorisch überbrückt. — Die Arbeiter in den Vororten haben bei diesem Eisenbahnbau die Wahrnehmung machen müssen, daß für sie, wenn sie sich melden, keine Beschäftigung vorhanden ist. Gemäß dem ministeriellen Erlaß, den wir gestern abdruckten, beschließt die Eisenbahnbehörde fast ausschließlich Ausländer. Und die Verteidiger einer solchen Regierung stellen an die Arbeiter das dreifache Verlangen, daß er sich von der Sozialdemokratie abwendend und regierungsfreundlich wähle!

Der Vandalismus sogenannter Touristen und Reisenden, der schon manche Sehenswürdigkeiten dem Verfall verschlossen hat, wird demnächst auch eine Perle der Mark Brandenburg verschleichen. Es ist dies die wunderbar schöne Ruine des Cistercienser Klosters Chorin mit dem herrlichen Klosterpark, unter dem Sammelnamen „Kloster Chorin“ bekannt. Noch am vorigen Pfingstfeste waren alle Räume der alten Ruine für jedermann zugänglich, so die ebenso steile wie jämale Wendeltreppe zum Chor und zum Dach der Kirche hinauf und besonders der noch am besten erhaltene und in voller Reinheit des frühgothischen Stils glänzende Pfingstsaal. Jetzt sind alle inneren noch verschließbaren Räume verschlossen. Ursache dieser Maßregel ist zwingende Nothwendigkeit gewesen. Gesellschaften, die sich als „Turner“ oder „Klaber“ gerichten, haben sich bemächtigt, zu vernichten, was in ihrem Bereiche noch nicht vom Zahn der Zeit vernichtet war. Alle Absperrungs-Maßregeln, die hier und da im Interesse der Sicherheit erforderlich waren, sind gewaltig durchbrochen worden. Alle Wandgemälde wurden beschädigt, die kleinen Eideisen aus den Fenstern, soweit erreichbar, sind sammt der Uel-Umsfassung herausgerissen worden, um in nächster Umgebung wegzuwerfen zu werden, was Beweis dafür sein dürfte, daß es sich nicht um Sammel-, sondern um Zerstörungswuth handelte. Am diesem Anlauf einen Miegel vorzuschleichen, hat man feste Thüren und starke Schlösser vor alle verschließbaren, sonst frei zugänglichen Theile der Ruine gelegt. Obendrein ist ein besonderer Wächter in der Person eines alten Invaliden angestellt worden, welchen die Trinkgelber, die aus dem Ausschließen der gesperrten Räume herauspringen, eine ihm zugesagte Einnahmequelle bieten. Trotzdem steht die bössige Schließung der Klosterräume nebst ihrem Park bevor. Die Ruine wird allmählig auf Staatskosten renovirt und um neue Beschädigungen zu vermeiden, wird dieselbe künftig nur mit Erlaubnis und unter Führung zugänglich sein. Die Stätte wird damit zwar dem Vandalismus, aber auch vielen armen Gemüthsmenschen unzugänglich werden.

Bei der Polizeidirektion in Charlottenburg sind gestern 16 neue Schuttmänner angestellt worden. Vier weitere Beamte werden noch in Dienst genommen werden.

Aus den Geheimnissen der Nahrungsmittel-Versorgung. Die Inhaberin einer Wollschlächterelei stand gestern in der Person der Schlächtergehilfenfrau Anna Böge aus Rixdorf unter der Beschuldigung des Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II. Die Angeklagte betrieb in unanständiger Weise in ihrer Wohnung im ersten Stockwerk des Hauses Verlinderstraße 14 einen Handel mit billigem Fleisch und zwar in der „Berliner Stube“. Die Behörde hatte keine Kenntnis davon, umso mehr war die Nachbarschaft unterrichtet, die, aus Proletariaten bestehend, ein Auge bezüglich der Qualität zudröhte, sofern der Preis billig war. Durch einen Zufall erlangte die Behörde Kenntniss von diesem anständigen Geschäft. Der Schlächtermeister Gernietowski hatte von der Angeklagten am 28. August einen frischen Schinken im Gewicht von 20—24 Pfund gekauft und als Defektionsstück in seiner Bade auf dem Richards-Platz aufgehängt. Der Kreisthierarzt Niechöfer sah aber bei der Revision des Marktes sofort, daß der Schinken verdorben war und beschlagnahmte denselben. Gernietowski gab nun sofort seine Bezugsquelle an und nun fand bei Frau Böge eine Revision statt, die ein ganz überraschendes Resultat ergab. In der Berliner Stube stand ein Ladentisch, auf welchem eine Anzahl zurecht gehauener Schinken Hammelfleisch und Schweinefleisch lag. Daneben lag eine Menge von Fleischabfällen, die, nach Angabe der Frau Böge, als Hundefutter verkauft werden sollten, augenscheinlich aber doch zum Verkauf an Liebhaber bestimmt zu sein schienen. In einem sogenannten Küchenschrank lag eine Menge Fleisch unter alten Lappentüchern. Angeblich soll es darauf gelegen haben, davon fand sich aber keine Spur. Alles, was an Fleisch vorgefunden wurde, war nach Ansicht der Sachverständigen hochgradig verdorben, die Gesundheitschädlichkeit war aber nicht objektiv, sondern nur subjektiv vorhanden. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis und Publikation des Urtheils, der Gerichtshof nahm aber nur halbjährigen Verkauf verdorbener, nicht gesundheitsgefährlicher Nahrungsmittel als erwiesen an und erlachte auf 10 M. Geldstrafe und Befreiung der bereits erfolgten Beschlagnahme des Fleisches.

Eine nachdrückliche Strafe wurde gestern von der IV. Strafkammer hiesigen Landgerichts I dem Schreiber Paul Karstädt auferlegt, der in besonders gemeiner Weise einem persönlichen Mordgefühl nachgegeben hat. Er war mit einem Arbeiter Leonhardt befreundet, der früher einmal in einer Irrenanstalt gewesen war. Der Angeklagte glaubte Veranlassung zu haben, auf den letzteren eifersüchtig zu sein und um ihn unschädlich zu machen, reichte er bei der Polizei eine Anzeige ein, in welcher er den Leonhardt aller möglichen Thaten beschuldigte, die die Nothwendigkeit klar legen sollten, ihn sofort wieder in eine Irrenanstalt zu bringen. Glücklicherweise ist diesem Antrage keine Folge gegeben, sondern die Anzeige sofort als ein Akt der Nachsicht erlacht worden. Mit Rücksicht auf die vielen Vorstrafen des Angeklagten verurtheilte ihn der Gerichtshof wegen dieser verwerflichen Handlung zu einem Jahre Gefängnis bei sofortiger Verhaftung.

Die Frage, ob man eine Verbrecherin oder eine Geistesgestörte vor sich habe, drängte sich bei der Verhandlung einer Angeklagten wegen Diebstahls und Brandstiftung auf, die gestern das 16-jährige Dienstmädchen Anna Klisch vor die 2. Strafkammer des Landgerichts I führte. Die Angeklagte war am 28. September bei dem Eisenbahnassistenten Hartwig zugezogen, dessen Pächters sind sie zu beaufsichtigen hatte. Zum Februar d. J. war ihr gekündigt worden. Am 18. Januar war Herr Hartmann mit seiner Frau ausgegangen und hatte die Angeklagte mit dem Kinde allein in der Wohnung zurückgelassen. Als die Eheleute des Nachts nach Hause kamen, wurden sie von der Wirthin mit der Mittheilung empfangen, daß in ihrer Wohnung Feuer ausgebrochen, inzwischen aber bereits gelöscht worden sei. Die Wohnung befand sich in der Verfassung einer Brandstätte: die Gardinen waren heruntergebrannt und der Fußboden war mit Wasser übersättigt. Das kleine Kind war von Nachbarn ausgenommen worden, die Angeklagte befand sich in ihrer Kammer und konnte erst nach wiederholtem Klopfen betreten werden, herauszukommen. Sie erklärte, nicht zu wissen, was eigentlich vorgegangen sei; es habe plötzlich gebrannt und sie habe sich in ihre Kammer geflüchtet. Bald zeigte es sich, daß das Feuer wahrscheinlich angelegt worden war, um einen Diebstahl zu verdecken, denn der Schreibtisch der Ehefrau war gewaltig erbrochen und es fehlte ein Portemonnaie mit 250 M. Inhalt. Niemand kam auf den Gedanken, daß das Mädchen, welches sich dahin zwar den Eindruck eines dummen, keineswegs aber verbrecherischen Mädchens gemacht hatte, zu der Brandstiftung oder dem Diebstahl in Beziehung stehen könne und erst der herbeigerufene Kriminalbeamte lenkte auf Grund verschiedener Thatfachen den Verdacht auf sie. Als der Dienstherr darauf hin das Mädchen unter vier Augen ins Gebet nahm, gestand ihm die Angeklagte unter Thränenströmen zu, das Geld gestohlen und das Feuer angelegt zu haben. Sie gab an, daß sie das im Portemonnaie vorgefundene Goldgeld in dem Lusthauch der Küche verstreut habe, daß es aber von dort in die darunter liegende Etage hinabgefallen sei; das Portemonnaie mit dem Papiergeld habe sie auf den Hof geworfen, weil ihr angeblich Papiergeld unbekannt sei. In der That ist das gestohne Geld bis auf einen kleinen Rest an den bezeichneten Stellen vorgefunden worden. — Im geführten Verhör behauptete die Angeklagte, daß sie sich auf die Vorgänge jener Nacht überhaupt nicht mehr besinnen könne und gänzlich wisse, ob und warum sie die ihr zur Last gelegten Thatfachen vollbracht habe. Sie hatte auf alle, auch die einfachsten an sie gerichteten Fragen immer nur die eine, gleichmäßige und trodene Antwort: „Ja weiß es nicht!“ Der Dienstherr der Angeklagten hat von einem anomalen Geisteszustand derselben nichts bemerkt, behauptete aber, daß sie dumm und vergeblich sei. Bei dieser Sachlage und mit Rücksicht darauf, daß die Angeklagte, wenn sie geistesgesund wäre, eine ganz nachdrückliche Strafe zu erwarten haben würde, beantragte der Staatsanwalt, die Verhandlung zu vertagen und einen medizinischen Sachverständigen mit der Beobachtung des Geisteszustandes der Angeklagten zu betrauen. Der Gerichtshof beschloß dem Antrage gemäß.

Die Firmenschilder-Prozesse scheinen sich zu einer besonderen Spezialität bei den Berliner Gerichten zu entwickeln. Die Fälle sind häufig, wo zwischen dem Miether eines Ladens und dem betreffenden Hausbesitzer Streit entsteht wegen der Anbringung eines Geschäftsschildes an der Fassade des Hauses. In allen derartigen Prozessen hat das Gericht dahin entschieden, daß dem Ladenmiether, wenn über die Anbringung kontraktlich nichts vereinbart ist, ein Schild in einer den Verhältnissen seines Geschäftes und des betreffenden Gebäudes gleichmäßig entsprechenden Weise anzubringen erlaubt werden muß. Durch diesen Rechtsatz ist nun ein in der Chausseestraße wohnender Hausbesitzer in eine bedrängte Lage gerathen. Er von dem Sachwalter des Betreffenden in der Reiverammlung des Hausbesitzer-Vereins „Wedding“ mitgetheilt wurde, ersucht ein Ladenmiether gegen den Hausbesitzer das Recht, ein Schild, das er bereits hatte fertigstellen lassen, an dem betreffenden Hause anzubringen. Das angebrachte Schild erhob sich dicht vor dem in der ersten Etage befindlichen Balkon eines Miethers, und dieser klagte alsbald gegen den Hausbesitzer, daß dieser die Entfernung des Geschäftsschildes veranlasse, da durch dasselbe der Ausblick vom Balkon und mehr noch vom Balkonfenster aus durch das Balkongitter auf die Straße erheblich beeinträchtigt wurde. Der Hausbesitzer wurde auch nach diesem Antrage verurtheilt.

Die englische Justiz kann reizend sein, wenn sie nur will! Leghina tanzte eine junge und hübsche Straßenlangerin Namens Kate Bromby auf dem Bedford-Platz in London. Sie muß an diesem Tage besonders grazios und holdselig ausgesehen haben, denn zahlreiche Passanten blieben stehen, um sie zu betrachten, während sie in der Musik, die ihr Begleiter, ein blinder Greis, auf einem bestimmten „Piano“ zum besten gab, ihre Pas tanzte. Die Menge wuchs immer mehr an, und schließlich war der Andrang so groß, daß der Wagenverkehr vollständig unterbrochen wurde. In diesem kritischen Augenblicke trat die Polizei in Aktion und machte Pläne, das Publikum der modernen Comedianten auseinander zu treiben. Aber

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 3. Juni.
Ovenhaus, Vögelstein. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus, Im Dienst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches, Johannes. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kessing, Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wesien, Geschlossen.
Berliner, Cornelius Boh. Anfang 7 1/2 Uhr.
Hessing, Momentaufnahmen. Anfang 8 Uhr.
Neues, Villa Gabrielle. Anfang 7 1/2 Uhr.
Zahler, Die Dummen. Anfang 8 Uhr.
Thalia, Geschlossen.
Kreud, Auf Sumatra, oder: Die Holländer in Afschin. Anfang 8 Uhr.
Velle-Alliance, Wein, Weib, Gesang. Anfang 8 Uhr.
Friedrich, Witwenhäubchen. Die Geheimnisse von London. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz, Heinrich Heine. Ein kleines Rührerhäubchen. Anfang 8 Uhr.
Urania, Taubenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Passage - Panopticum. Theater Variété ohne Extra-Entree. Neu! Alpen-glühen.
Castan's Panopticum. Friedrichstr. 165. Salambo die schöne Schlangenzüchterin.
Actien-Brauerei Friedrichshain früherer Vep. Am Königs-Thor. Grosses Militär-Freikonzert der 5. Garde-Reg. zu Fuss in Uniform. Jeden Freitag: Fisch-Essen, à Portion 50 Pf.
Prater-Theater, Kottbuser-Allee 79. Täglich: Friede auf Erden. Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Akten von Hugo Schütz. Musik v. A. Kersten. Eugenio Formes, Violon-soubrette. Gebr. Millard, Grottesque-Duett. Ostrani Troupe, musik. Extrakt. Die 3 Wartons, Barriere: Akrobaten. Mr. Barna mit 1. dresd. Katten Ballet. Pantomime. Konzert und Ball. Auf 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. refero. Play 50 Pf. Kalbo.Apollo-Theater. Neues Programm. 8 Debuts und um 9 Uhr: Don Juan in der Hölle. Phantastische Ausstattungs-Bar-laske mit Gesang u. Tanz in zwei Bildern von Benno Jacobson, Musik von Wilh. Rosenzweig, in Szene gesetzt v. Direktor Glück. Vor der Vorstellung: Grosses Garten-Konzert. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr, Konzert 7 Uhr. Anf. der Vorst. 8 Uhr.
Garten-Theater der Reichshallen Leipzigerstr. 77. Täglich: im 3000 Personen fassenden Sommer-Garten auf neu-erbauter Garten-Bühne. Wilhelm-Kalberg-Agoston-Ensemble!
Spezialitäten 1. Ranges! Clara Antoni, Hella Collier, Toni Leonardy, Hermanos Castagna Brüder Paxton, Tom Briarty. Die Guerdischen Perlen! u. s. w. Das Konzert beginnt um 7 Uhr, die Vorstellung um 7 1/2 Uhr. Tageskasse von 11-1 Uhr Vorm. Bei ungünstiger Witterung Vorstellung im Theateraal.
Concerthaus Leipzigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett und Humoristen. Neu! Neu! In Amerika!
Bad Monbijou Grosse Hamburgerstr. 20. Poliklinik. Spezialität: Heilkräuter-Behandlung. Elektr. Lichtbäder, Dampfbäder, Vohmanns, Kräuterbäder, Kneipp'sche Bäder. - 3 Damen-bäder 1 M. Poliklinik 10-12. Klinik 4-6.Schiller-Theater (Wallner-Theater). Freitag: Die Dummen. Sonntag: Thielemann's. Radmittags 4 Uhr: Kriegerlieder - Uebers. 5. Vorstellung. Die Kreuzschreiber. Abends 8 Uhr: Brand.
Hend-Carl-Weiß-Theater. Gr. Frankfurterkr. 132. Zum 6. Male: Gr. Ausstattung! Gr. Ballet! Auf Sumatra oder Die Holländer in Afschin. Großes Ausstattungsspiel mit Gesang und Ballett in 12 Bildern nach einem franz. Melodram von Ch. Gohmann. Musik v. F. Krause. Neue Dekorationen von Dowe, Kostüme von Dallmann. Ballett einstud. v. Carola Rinka, erste Solotänzerin vom Hoftheater in Altenburg. Anfang 8 Uhr. Im Garten v. 5 Uhr an: Großes Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung. Gr. Pantomime.Victoria-Brauerei Lützow-Strasse 111/112 (nahe Potsdamer Platz). Garten resp. Saal. Heute sowie täglich: Stettiner Sänger (Weibel, Vietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schröder). Anfang präzis 8 Uhr. Entree 50 Pf. Billets à 40 Pf. und Familien-Billets à 1 M. (für 3 Personen gültig) sind in den bekannten Vorverkaufsstellen zu haben. (Siehe Plakate.) Nach der Solire: Tanzkonzert.Pahlmann's Vaudeville-Theater Inhaber F. Pahlmann, Schönb. Allee 148, Kottb. Allee 97/99. Täglich: Konzert, Theater u. Spezialitäten-Vorstellung mit reichem Programm.
W. Noack's Theater Brunnen-Strasse 16. Im schönen Garten täglich: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Jeden ist menschlich. Amüsant in 1 Akt von Zinnenhofer. Cepheus auf der Oberwelt. Hohen-Burleske in 1 Akt von Sanftleben u. Thalburg. Musik v. Michaels. Neu! Die kleinen Weisheit. Neu! Ausstattungs-Burleske mit Gesang u. Tanz von Walter Weisheit. Musik von Wappaus. Im Saale: Grosser Ball.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung.
Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab.
Eintritt 50 Pf.
Abends 8 Uhr:
Wissenschaftliches Theater.
Passage - Panopticum.
Theater Variété ohne Extra-Entree.
Neu! Alpen-glühen.Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Salambo die schöne Schlangenzüchterin.Actien-Brauerei Friedrichshain früherer Vep. Am Königs-Thor. Grosses Militär-Freikonzert der 5. Garde-Reg. zu Fuss in Uniform. Jeden Freitag: Fisch-Essen, à Portion 50 Pf.
Prater-Theater, Kottbuser-Allee 79. Täglich: Friede auf Erden. Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Akten von Hugo Schütz. Musik v. A. Kersten. Eugenio Formes, Violon-soubrette. Gebr. Millard, Grottesque-Duett. Ostrani Troupe, musik. Extrakt. Die 3 Wartons, Barriere: Akrobaten. Mr. Barna mit 1. dresd. Katten Ballet. Pantomime. Konzert und Ball. Auf 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. refero. Play 50 Pf. Kalbo.

Urania
Taubenstr. 48-49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Passage - Panopticum. Theater Variété ohne Extra-Entree. Neu! Alpen-glühen.
Castan's Panopticum. Friedrichstr. 165. Salambo die schöne Schlangenzüchterin.
Actien-Brauerei Friedrichshain früherer Vep. Am Königs-Thor. Grosses Militär-Freikonzert der 5. Garde-Reg. zu Fuss in Uniform. Jeden Freitag: Fisch-Essen, à Portion 50 Pf.
Prater-Theater, Kottbuser-Allee 79. Täglich: Friede auf Erden. Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Akten von Hugo Schütz. Musik v. A. Kersten. Eugenio Formes, Violon-soubrette. Gebr. Millard, Grottesque-Duett. Ostrani Troupe, musik. Extrakt. Die 3 Wartons, Barriere: Akrobaten. Mr. Barna mit 1. dresd. Katten Ballet. Pantomime. Konzert und Ball. Auf 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. refero. Play 50 Pf. Kalbo.

Urania
Taubenstr. 48-49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Passage - Panopticum. Theater Variété ohne Extra-Entree. Neu! Alpen-glühen.
Castan's Panopticum. Friedrichstr. 165. Salambo die schöne Schlangenzüchterin.
Actien-Brauerei Friedrichshain früherer Vep. Am Königs-Thor. Grosses Militär-Freikonzert der 5. Garde-Reg. zu Fuss in Uniform. Jeden Freitag: Fisch-Essen, à Portion 50 Pf.
Prater-Theater, Kottbuser-Allee 79. Täglich: Friede auf Erden. Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Akten von Hugo Schütz. Musik v. A. Kersten. Eugenio Formes, Violon-soubrette. Gebr. Millard, Grottesque-Duett. Ostrani Troupe, musik. Extrakt. Die 3 Wartons, Barriere: Akrobaten. Mr. Barna mit 1. dresd. Katten Ballet. Pantomime. Konzert und Ball. Auf 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. refero. Play 50 Pf. Kalbo.

Urania
Taubenstr. 48-49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Passage - Panopticum. Theater Variété ohne Extra-Entree. Neu! Alpen-glühen.
Castan's Panopticum. Friedrichstr. 165. Salambo die schöne Schlangenzüchterin.
Actien-Brauerei Friedrichshain früherer Vep. Am Königs-Thor. Grosses Militär-Freikonzert der 5. Garde-Reg. zu Fuss in Uniform. Jeden Freitag: Fisch-Essen, à Portion 50 Pf.
Prater-Theater, Kottbuser-Allee 79. Täglich: Friede auf Erden. Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Akten von Hugo Schütz. Musik v. A. Kersten. Eugenio Formes, Violon-soubrette. Gebr. Millard, Grottesque-Duett. Ostrani Troupe, musik. Extrakt. Die 3 Wartons, Barriere: Akrobaten. Mr. Barna mit 1. dresd. Katten Ballet. Pantomime. Konzert und Ball. Auf 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. refero. Play 50 Pf. Kalbo.

Urania
Taubenstr. 48-49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Passage - Panopticum. Theater Variété ohne Extra-Entree. Neu! Alpen-glühen.
Castan's Panopticum. Friedrichstr. 165. Salambo die schöne Schlangenzüchterin.
Actien-Brauerei Friedrichshain früherer Vep. Am Königs-Thor. Grosses Militär-Freikonzert der 5. Garde-Reg. zu Fuss in Uniform. Jeden Freitag: Fisch-Essen, à Portion 50 Pf.
Prater-Theater, Kottbuser-Allee 79. Täglich: Friede auf Erden. Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Akten von Hugo Schütz. Musik v. A. Kersten. Eugenio Formes, Violon-soubrette. Gebr. Millard, Grottesque-Duett. Ostrani Troupe, musik. Extrakt. Die 3 Wartons, Barriere: Akrobaten. Mr. Barna mit 1. dresd. Katten Ballet. Pantomime. Konzert und Ball. Auf 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. refero. Play 50 Pf. Kalbo.

Urania
Taubenstr. 48-49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Passage - Panopticum. Theater Variété ohne Extra-Entree. Neu! Alpen-glühen.
Castan's Panopticum. Friedrichstr. 165. Salambo die schöne Schlangenzüchterin.
Actien-Brauerei Friedrichshain früherer Vep. Am Königs-Thor. Grosses Militär-Freikonzert der 5. Garde-Reg. zu Fuss in Uniform. Jeden Freitag: Fisch-Essen, à Portion 50 Pf.
Prater-Theater, Kottbuser-Allee 79. Täglich: Friede auf Erden. Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Akten von Hugo Schütz. Musik v. A. Kersten. Eugenio Formes, Violon-soubrette. Gebr. Millard, Grottesque-Duett. Ostrani Troupe, musik. Extrakt. Die 3 Wartons, Barriere: Akrobaten. Mr. Barna mit 1. dresd. Katten Ballet. Pantomime. Konzert und Ball. Auf 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. refero. Play 50 Pf. Kalbo.

Urania
Taubenstr. 48-49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Wissenschaftliches Theater.
Passage - Panopticum. Theater Variété ohne Extra-Entree. Neu! Alpen-glühen.
Castan's Panopticum. Friedrichstr. 165. Salambo die schöne Schlangenzüchterin.
Actien-Brauerei Friedrichshain früherer Vep. Am Königs-Thor. Grosses Militär-Freikonzert der 5. Garde-Reg. zu Fuss in Uniform. Jeden Freitag: Fisch-Essen, à Portion 50 Pf.
Prater-Theater, Kottbuser-Allee 79. Täglich: Friede auf Erden. Lebensbild mit Ges. u. Tanz in drei Akten von Hugo Schütz. Musik v. A. Kersten. Eugenio Formes, Violon-soubrette. Gebr. Millard, Grottesque-Duett. Ostrani Troupe, musik. Extrakt. Die 3 Wartons, Barriere: Akrobaten. Mr. Barna mit 1. dresd. Katten Ballet. Pantomime. Konzert und Ball. Auf 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. refero. Play 50 Pf. Kalbo.

AUSSTELLUNG AM KURFÜRSTENDAMM.
Carl Hagenbeck's INDIEN
BAHNSTATION SAVIGNYPLATZ
Vorstellungen in der Arena: an Wochent. 6 u. 8 Uhr, an Sonn- u. Festtagen 4, 6 u. 8 Uhr, im Indischen Theater ab 4 Uhr beständig. Ab 4 Uhr nachm.: Gr. Militär-Doppel-Concert.
Entree 50 Pf., Kinder die Hälfte.

Fortuna-Säle Strausberger-Strasse 3. Inhaber Th. Mann.
Jeden Sonntag: Grosser Ball. Anfang 4 Uhr. 52612
Empfehle meine Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Schöner Garten. 2 Kegelbahnen. Frz. Billard.

Am Königs-Thor. Haltestelle der Ringbahn. **Schweizer Garten.** Am Friedrichshain. Haltestelle der Ringbahn.
Täglich: Theater u. Spezialitäten-Vorstellung. Volksbelustigung. In Saale Ball. An Wochentagen freier Damentanz. Auch ist die Kaffeefläche von 3-4 Uhr geöffnet. Anfang des Konzerts 4 1/2 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr. Villets zu ermäßigten Preisen in Handlungen. Größeren Vereinen empfehlen wir unser Zur Beachtung! Stadtfest (mit Vorstellung und Ball) zur Abhaltung ihrer Sommerfeste (speziell Sonnabends). 52609

Adolph Neumann's Sommergarten Brunnenstrasse 150.
Jeden Sonntag: Grosses Garten-Freikonzert. Zwei veredelte Kegelbahnen. Schöner Garten im Norden. Die Kaffeefläche ist von 3 Uhr an geöffnet. Anfang des Konzerts 4 Uhr. An Wochentagen ist Garten und Saal, 2000 Personen fassend, an Vereine zu vergeben. Mehrere Sonnabende sind noch frei. 52608

Max Klem's Sommer-Theater, Gasenhalde 14/15. - Artistic Director: Paul Milbitz.
Täglich: Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung Barsikow-Troupe - The Terras - Little Elfrida. Georg Fischer, Lieberländer; Franz Wunsch, Soubrette; Karl Gursch, Tony-Barock; Martha Reinshagen; Tutti Belmonte.
Neu! Das Blumenmädchen vom Morisplatz. Neu! Volksstück mit Gesang in 2 Akten von J. Fischer. LiebFrauenstück. Schauspiel in 1 Akt von Paul Adler. Vor und nach der Vorstellung: Garten-Concert. In den beiden Sälen: Grosser Ball. Anfang des Concerts 4 Uhr, der Vorstellung Wochentags 6 Uhr. Sonntag 5 Uhr. Max Klem.

Ostbahn-Park, Am Köpenicker Platz.
Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung. Minni Schröder, Chansonette. Paul Barton, Komiker. Geschw. George, Gesangs-Duetten. Margot Estera, Chansonette. Volkbelustigungen aller Art. Die Kaffeefläche ist geöffnet.
Achtung! Achtung! Feldschlösschen. Die Sonntage der Winterfaison sind an Theatervereinen zu vergeben. 52470
Fritz Nagel.
Fabriken, Werkstätten etc. Pflanzerei etc. 40/2 Flasch. Export-Weissbier ohne Wasserzulaß für 3 Mt. 40 Flasch. helles Bairisch-Bier von welcher Brauerei gewünscht wird für 3 Mt. 50712
A. Seidler Berliner Export-Weissbier-Brauerei. Schöneberg-Berlin W., Sedanstrasse 82. Vertretter: Amt Schöneberg Nr. 99.
Sophastoffe auch Reste in Nipp, Damask, Crepe, Phantastik, Gobelin und Plüsch spottbillig! (40712) Proben franko! in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen. Berlin S., Cranichstr. Nr. 158.
Fahrräder Jedes großes Lager erstklass. Fabrikate auf 40992
Theilzahlung ohne Preiserhöhung zu den billigsten Zahlungsbedingungen. Reparatur, Anhalt. Adomeit & Landau, Lothringergasse 48 I, dicht am Rosenthaler Thor.

En gros. **Versand.**
Konkurrenzlos billig, reellste Fabrikate!
Für die Reellität der Fabrikate sprechen zahlreichste Anerkennungen!
Unstreitig vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
No. 5. Mk. 2,50
Gut Heil Mk. 8,75
Special
Ferner empfehlen folgende Marken und geschmackvoll zusammengeheften hochfeinen Gewächsen in normalen, modernen Formen:
Sumatra, Java. Brillante 100 St. Mk. 3,25
Commercio 100 St. Mk. 3,-
Dora 3,50
Efecto 4,25
Elvira 4,50
Odaliska 5,-
Senta 6,-
St. Felix-Brasil. St. Felix Brasil 100 St. Mk. 4,60
St. Felix in Original-Risfen 12,50
250 Stck enthaltend.
Marko Bahia-Import (hand-arbeit Regie Dreife), Orig. Risfen, 250 St. enthält franko 15,-
Havana und Mexiko. Perla Mexicana 100 St. Mk. 5,-
Mexicanos 6,50
Walküre 7,75
La Liga 8,-
Milena 9,-
Tullia 9,-
in anerkannt vorzüglichen Qualitäten in allen Preislagen.
Bedingungen: Versand und Verkauf nicht unter 100 Stück von einer Marke. - 300 Stück portofrei unter Nachnahme. - Nichtkonventuelles erbiten, auch angebrochen, auf unsere Kosten gegen Rückhaltung des gezahlten Betrages zurück. - daher keinerlei Risiko für den Besteller. In Halle der Abholung dürfen aus jeder Kiste 4 Stück probeweise unentgeltlich gerannt sein. Bei Entnahme von 500 Stück gewähren 3 pCt., bei 1000 Stück 6 pCt. Rabatt, wenn sich Besteller auf diese Zeitung bezieht.
Czollek & Geballe, Zigaretten-Berlin C., Spandauer Brücke 9, drittes Haus vom Godefchen Markt.

Deutsche Schuh-Fabrik
vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.
Erfurt-Ilbersegehofen
Renommiertes Fabrikat. Beste Zuthaten.
Wir empfehlen:
Herren-Zugstiefel, gewalvt, Spezialität. 7 PR.
" " ohne Nahl, Spiegel 8,50 PR.
" " Befah u. Anopferierung 3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 PR.
" Agraftentiefel, Befah. 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 PR.
" Schnür-, Zug-, Haus-, Kellerschuhe in den verschiedensten Dessins und Preislagen.
Arbeitschuhe, reell, solid, kräftig. 4,50 bis 6,50 PR.
Schaffstiefel, Reitstiefel.
Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 PR.
" Knopf- u. Schnürstiefel, elegant, mit Befah u. Kappe, von 5,50 PR. an.
" Schnürschuhe von 3,50 PR. an.
" Hausschuhe von 3,00 PR. an.
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, äußerst solid gearbeitet.
zu anerkannt sehr billigen Preisen.
Ballschuhe in den geschmackvollsten Mustern von 2,50 PR. an. Größte Auswahl in Gummi-, Turn-, Reise- u. Filz-schuhen, sowie Pantoffeln in allen Preislagen.
Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Ueberschneidung ausgeschlossen. (48582)
Verkaufsstellen:
Berlin SW., Belle-Alliance-Strasse 102. W. Schillstrasse 12. Zeitlin, Reichs-Lagerstrasse 14. Hannover, Klagenmarkt 7a. Hamburg, Steinstrasse 16. Bremen, Faulenstrasse 75.
Düsseldorf, Schadowstrasse 57. Köln a. Rh., Fingelstr. 66. Frankfurt a. M., Liebfrauenberg 26. München, Sendlingerstrasse 10. Dachauerstrasse 83. Landsbergerstrasse 7.

Guckel's Zahnateliers
Lautzner Platz 2, Eisasserstr. 12, Stoglitzerstrasse 71. Bestrenommiert und wohlbekannt.
Zähne v. 3 M., Plomben v. 2 M. an. Ratenzahlung gestattet. (Woche 1 M.)
Ausschneiden!
Dieser Kupon wird mit 1 M. angerechnet.
Verleinszimmer, gr., Eincont. 23
Unfalligen, Hagen, Eingaben Putzger, Steglitzerstr. 65. W. Fahr
Arbeitsanzüge Brunnenstr. 112.
Fahrräder, erstklassig Fabrikat. Reparatur Wertstatt Franz Slange, Doppelreifer 7, 1 Tr. | Tel.: IV, 3311.